

14. Oktober

7/2022

www.landtag-mv.de



+++ Regierungserklärung zu Energiekrise +++ Aktuelle Stunde zu Agrarsektor +++ Modernes und vielfältiges Qualitätscamping +++ Landwirtschaft braucht Pflanzenschutz +++ Deckenkonstruktion abgeschlossen +++ Dank an die Bundeswehr +++ Burggartenführung +++



Titelfoto: Uwe Sinnecker

3 - 26	AUS DEM PLENUM	
3	Regierungserklärung	“Aktuelle Situation der Energieversorgung”
5 - 13	Auszüge aus der Originaldebatte	Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Nikolaus Kramer (AfD), Franz-Robert Liskow (CDU), Jeannine Rösler (DIE LINKE), René Domke (FDP), Julian Barlen (SPD), Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
14 - 25	Berichte	Aktuelle Stunde zu Bedingungen im Agrarsektor Konnexität – Wer bestellt, muss auch bezahlen Modernes und vielfältiges Qualitätscamping Landwirtschaft braucht Pflanzenschutz Debatte über Auslaufen der Impfpflicht Photovoltaik-Potenzial ausschöpfen
24 - 26	Meldungen	2,1 Prozent für Wind-an-Land Jahresbericht des Landesbürgerbeauftragten Weiterentwicklung der Palliativ- und Hospizversorgung Kur- und Tourismusaufgaben im Wirtschaftsministerium vereint Bessere Finanzhilfen für Berufsschüler Gezielte Entlastung für Endverbraucher Rechtssichere und faire Abfallgebühr
27	Gesetzgebung	
28 - 31	Panorama	Einbau der neuen Deckenkonstruktion abgeschlossen Dank an die Bundeswehr Burggartenführung Sommerbühne im Schlossinnenhof
32	Chronik	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Anna-Maria Leistner
 Referatsleiter: Julien Radloff

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen ist stellenweise nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
 Redaktionsschluss: 16.09.2022



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig während der Regierungserklärung am 7. September.

Foto: Uwe Sinnecker

Gesellschaftlicher Stresstest Energiekrise

Meisterung der Energiekrise durch Zusammenhalt und staatliche Unterstützung

■ Zum Auftakt der September-Sitzungswoche erklärte die Ministerpräsidentin in einer Regierungserklärung die aktuelle Lage in der Energieversorgung. Alle sechs Landtagsfraktionen beteiligten sich mit Anträgen, um ihren spezifischen Positionen zu Energiesicherheit und Entlastung der Bürger in der Energiekrise Ausdruck zu verleihen. Diese zeigten in den Zielsetzungen Überschneidungen, enthielten aber individuelle Lösungswege zur Begegnung der Energiekrise.

Energiesicherheit und bezahlbare Energie seien aktuell die wichtigsten Themen in unserem Land, wusste Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) aus zahlreichen Rückmeldungen von Bürgern. Sie sehe es als die wichtigsten Aufgaben an, eine Gasmangellage zu verhindern, Energie einzusparen und das Dritte Entlastungspaket des Bundes durch einen vom Land mit 30 Millionen Euro finanzierten Härtefallfonds zu begleiten. „Denn es gibt keinen anderen Weg als eine Krise gemeinsam, mit Zusammenhalt zu meistern.“

Der Fraktionsvorsitzende **Nikolaus Kramer** (AfD) sieht die Koalition auf einem energiepolitischen Irrweg. Die Krise sei auf vielen Ebenen „selbst ver-

schuldet“ und „wissentlich herbeigeführt“. Durch die „fehlgeleitete Sanktionspolitik gegen Russland“ seien die Preise „künstlich in ungeahnte Höhen getrieben“ worden. Dabei bestünde mit Nord Stream 2 die Möglichkeit, günstiges Gas zu importieren und die Versorgungssicherheit herzustellen. Letzterem würde auch der Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken und Atomkraftwerken dienen.

Die Menschen in Deutschland seien keine Energieverschwender, stellte der Fraktionsvorsitzende **Franz-Robert Lis-kow** (CDU) klar. Dennoch zahlten sie die weltweit höchsten Energiepreise. Darum beinhalte sein Vorschlag einen Gaspreisdeckel. Grundlage dafür sei der

Preis von vor Beginn des Krieges mit einem Aufschlag von 30 Prozent. „Jeder kann sich ausrechnen, was das konkret für ihn bedeutet an der Zapfsäule, an den Kosten für Strom, an den Kosten fürs Heizen und für Warmwasser“, verdeutlichte der Politiker.

In den kommenden Monaten müsse es der Politik gelingen, so die Fraktionsvorsitzende **Jeannine Rösler** (DIE LINKE), „allen Bereichen der Gesellschaft Sicherheit, Stabilität und Perspektive zu geben“. Die Herausforderungen seien gewaltig. Das Entlastungspaket des Bundes setze einiges um, aber nicht alles. Der Energiepreisdeckel sei unverzichtbar. „Auch ein Herumdoktern an der Gasumlage macht diese nicht besser. Sie gehört ad acta gelegt“, drängte die Abgeordnete. „Es muss Schluss damit sein, Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren.“

Den von der Koalition propagierten Dreiklang aus erneuerbaren Energien, Einsparungen und Entlastungen findet seine Fraktion richtig, bestätigte der Fraktionsvorsitzende **Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Das gelte auch für die Haltung, in Krisenzeiten zusammenzustehen. Wenn der Energiekrise zielgerichtet und ohne Zeitverzug mit den geeigneten Maßnahmen entgegnet werde, könne eine soziale und politische Krise abgewendet werden. Dem trage auch der Antrag seiner Fraktion für einen Sozialgipfel und die Aufstockung des Härtefallfonds des Landes auf 100 Millionen Euro Rechnung.

Die jetzige Situation sei ein jahrzehntelanges Versäumnis, sich aus der Abhängigkeit von billigen Rohstoffen zu lösen, kritisierte der Fraktionsvorsitzende **René Domke** (FDP). „Daher ist dieser Krieg eben nicht Auslöser, sondern er ist ein Beschleuniger.“

Nun brauche es Schnelligkeit, Konkretheit, Konsequenz, um Alternativen bereitzustellen. Es könne nicht der „letzte Bedenkenträger das Tempo vorgeben“. Dafür sei die Zeit nicht mehr gegeben. Dringend müsse einer weiteren Spaltung der Gesellschaft oder gar einer Schädigung des politischen Systems der Demokratie vorgebeugt werden.



Der Landtag hat am 7. September dem früheren sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow gedacht und sich zu einer Schweigeminute erhoben.

Foto: Uwe Sinnecker

Fraktionsvorsitzender **Julian Barlen** (SPD) wolle sich auf Gemeinsamkeiten fokussieren. Schon in der Pandemie sei es mit Einigkeit und abgestimmtem arbeitsteiligem Handeln gelungen, den sozialen Frieden im Land zu wahren. Ein weiterer Garant zur Bewältigung der Krise sei die Sicherstellung der Versorgung und die Strompreisbremse für die Grundversorgung. Völlig überbeuerte Rechnungen dürften erst gar nicht bei den Verbrauchern ankommen. Darum sei der Strompreisdeckel richtig und der Gaspreisdeckel müsse nun kommen.

Es werde alles versucht, um einer Gas-mangellage entgegenzuwirken, versicherte Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD). So wie es sich in der Corona-Pandemie bewährt habe, brauche es zum Bund ergänzende Maßnahmen. Wichtig sei ihm, dass die Bürger „ganz konkret“ Antworten auf ihre Fragen zur Energieversorgung der Zukunft in MV bekämen: „Das erwarten die Menschen von uns. Sie erwarten Verlässlichkeit. Sie erwarten Klarheit und die bekommen sie auch.“

Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum Thema: Aktuelle Situation der Energieversorgung
Es fand eine Aussprache statt.

in Verbindung mit:

*a) Antrag SPD und DIE LINKE
Drucksache 8/1254
hierzu*

Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 8/1313

Beschluss:

Annahme des Antrages

*Ablehnung des Änderungsantrages
in Verbindung mit:*

b) Antrag AfD

Drucksache 8/1275

Beschluss:

Ablehnung des Antrages

in Verbindung mit:

c) Antrag CDU

Drucksache 8/1266

Beschluss:

Ablehnung des Antrages

in Verbindung mit:

d) Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 8/1257

Beschluss:

Ablehnung des Antrages

in Verbindung mit:

e) Aussprache gemäß § 43 Nummer 2 GO

LT zum Thema: Zukunft der Energieversorgung in Mecklenburg-Vorpommern

Es fand eine Aussprache statt.

■ Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:
„Energie, Energiesicherheit,
genug bezahlbare Energie.“

Foto: Uwe Sinnacker



Sehr geehrte Damen und Herren, „Energie, Energiesicherheit, genug bezahlbare Energie“ ist aktuell das wichtigste Thema in unserem Land – für die Menschen und für die Wirtschaft. [...] Und deshalb sind wir am 22. August zum Energiegipfel zusammengekommen. [...] Der Energiegipfel mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen, der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Sozialverbände, der regionalen Energieversorger und des Verbraucherschutzes war ein starkes Signal für diese Gemeinschaft, und ich möchte mich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ganz herzlich bedanken.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Das Ergebnis sind über 30 Vorschläge und gemeinsame Vereinbarungen. [...] Gemeinsam können und müssen wir die Energiekrise zum Wohl unseres Landes und der Menschen in unserem Land bestehen, und dabei haben wir drei große Herausforderungen:

Erstens. Wir müssen eine Gasmangellage verhindern. Deshalb müssen wir mehr und andere Energie nach Mecklenburg-Vorpommern anlanden und gleichzeitig die erneuerbaren Energien stärker ausbauen.

Zweitens. Wir müssen zusammen alle Energie einsparen.

Und drittens. Wir müssen für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen Planungssicherheit und Entlastung schaffen.

[...] auf Wind und Sonne setzen wir in Mecklenburg-Vorpommern schon lange. Erneuerbare Energien sind die klimafreundlichste Form der Energieversorgung und mit erneuerbaren Energien können wir uns von Energieimporten unabhängig machen, denn wir sehen ja gerade, wie schwer es ist, fossile Energien zu nutzen, und wir werden bei fossilen

Energien immer in einer Abhängigkeit sein. Und deshalb ist die einzige Möglichkeit, unabhängig zu werden und auch Preise zu bestimmen, wenn wir es schaffen, uns aus erneuerbaren Energien zu versorgen.

*(Beifall vonseiten der
Fraktionen der SPD, DIE LINKE und
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Wir haben immer gesagt, dass man für die Übergangszeit, bis wir alles vollständig aus erneuerbaren Energien versorgen können, Gas brauchen. [...] Wir können nicht mehr auf russisches Gas setzen [...]. Und deshalb, [...] ist das Anliegen der neuen Bundesregierung und besonders des Bundesenergieministeriums, jetzt LNG-Gas anzulanden. [...]

Und wir haben in Mecklenburg-Vorpommern eine leistungsfähige Infrastruktur, denn durch die Investitionen von Nord Stream sind ab Land Lubmin mehrere Verteilstränge gebaut worden. Wir haben drei große Verteilstränge, einen nördlich in den Westen, aber vor allem zwei in den Süden. [...] Und deshalb, [...] war ich in der vergangenen Woche zusammen mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder in Lubmin. Bayern braucht dringend das Gas, das bei uns in Lubmin an Land gebracht werden kann [...].

Und wir haben uns die Pipelines angeschaut und den Standort, an dem das Unternehmen Deutsche ReGas nach seinen eigenen ehrgeizigen Plänen schon am Ende dieses Jahres Flüssiggas nach Deutschland bringen will. RWE und STENA POWER wollen durch den Zuschlag der Bundesregierung im kommenden Jahr ein weiteres LNG-Terminal in Lubmin in Betrieb nehmen. Am vergangenen Mittwoch habe ich zusammen mit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck mit den Investoren gesprochen und auch der Bundeswirtschaftsminister ist froh, dass wir diese Infrastruktur nutzen können... Unser Land leistet seinen Beitrag, damit wir in Deutschland über die nächsten beiden Winter kommen. [...]

Bei all dem, was wir jetzt diskutieren an einzelnen Hilfsmaßnahmen, am Ende muss Deutschland – Bund und Länder – vorne die Preise dämpfen. Und deshalb hat sich diese Landesregierung bereits im März für einen Gaspreisdeckel ausgesprochen. Und ich bin sehr positiv überrascht, dass der komplette Energiegipfel – von Wirtschaft bis Gewerkschaften, Kommunen und Land, Sozialpartner – sich ganz klar ausgesprochen hat, nicht nur für einen Strompreisdeckel, einen Gaspreisdeckel, sondern für einen Energiepreisdeckel. Und dafür werbe ich auch um die Zustimmung dieses Landtages. [...]

■ Nikolaus Kramer, AfD:

„Die Krise ist auf so vielen Ebenen [...] selbst verschuldet.“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte [...] Abgeordnete! Liebe Landsleute! [...] Es braucht schon Nerven, Frau Schwesig, sich hier vor das Plenum und die Bürger zu stellen mit einer Regierungserklärung, die sich gar nicht wie eine [...] anhörte. [...] Ihr Ausblick in die Zukunft, das ist ein Ausblick in den Abgrund [...]

*(Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU:
Ho, ho, ho!)*

[...] Die Krise ist auf so vielen Ebenen [...] selbst verschuldet, wissentlich herbeigeführt und durch ideologische Kurzsichtigkeit forciert [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und nein [...] nicht Corona oder ausländische Staatsoberhäupter tragen Verantwortung an der jetzigen Krise [...]

Gerade auch hier in Mecklenburg-Vorpommern wurde eine beispiellose Energiepolitik der Unvernunft betrieben und ohne Rücksicht auf Verluste der Ausbau der erneuerbaren Energien forciert, aller Wirtschaft- und Wissenschaftlichkeit zum Trotz.

[...] Ich möchte das gerne mal verbildlichen: Zuerst wird ohne Not ein Haus angezündet und dann zum Löschversuch ein Eimer Wasser vor die Türe gestellt.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

[...] Schauen wir uns die sogenannte Energiewende doch [...] genauer an: Die erneuerbaren Energien [...] sind von ihrer Umwelt [...] abhängig [...]

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Sicherheit, meine Damen und Herren, können diese Technologien dadurch nicht gewährleisten. Sie sind den Naturgesetzen unterworfen, Herr Krüger. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Selbst Ihnen muss doch bewusst sein, dass wir mit jedem abgeschalteten Kern- oder Kohlekraftwerk die Gefahr eines Blackouts erhöhen. [...] Sie befinden sich auf einem Sonderweg, meine Damen und Herren, der direkt in den Abgrund führt. [...]

Deutschland hat sich von Fremdstaaten in der Frage der Energie abhängig gemacht. Doch auch diese Abhängigkeit ist nicht einfach so vom Himmel gefallen, sondern ist das Resultat Ihrer Politik [...] Die saubere Alternative zum Wirrwarr der erneuerbaren Energien ist und bleibt die Kernenergie. [...] Die Effizienz der Reaktoren wird laufend verbessert, und auch die EU stuft Kernenergie als nachhaltig, sprich „grün“ ein. Allerorten erlebt diese effiziente Form der Energieerzeugung eine Renaissance. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Bleiben wir hier in Mecklenburg-Vorpommern. Trotz oder gerade vielleicht wegen der immensen Verspargelung unserer schönen Landschaft hat Mecklenburg-Vorpommern die höchsten Strompreise in ganz Deutschland. [...] Die Forderungen meiner Fraktion sind klar:

Erstens. Sanktionen, die auf Kosten der Versorgungssicherheit des deutschen Volkes gehen, sind umgehend zu beenden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Zweitens. Nord Stream 2 muss unverzüglich in Betrieb genommen werden.

[...] Zum dritten Punkt [...]: Laufzeitverlängerung für Kohlekraftwerke, bis die Versorgungssicherheit anderweitig gewährleistet werden kann.

Viertens. Kernkraft als grüne Technologie der Zukunft [...] anerkennen.

Fünftens. Windkraftausbau stoppen [...]

Sechstens. Steuern, Abgaben und Umlagen aussetzen [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Siebtens. Steuern und Abgaben auf Erdgas aussetzen [...]

Und zu guter Letzt unsere Forderung: Die Bürger an der Zapfsäule entlasten, und das geht mit der Aussetzung der Energiesteuer.

Meine Damen und Herren, alles hat ein Ende, auch die Geduld und die Gutmütigkeit der Menschen in diesem Land. Und wir [...] begrüßen alle friedlichen Proteste gegen das akute Regierungsversagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] ich bin gespannt, welche neuen Diffamierungen Sie sich in diesem Herbst und Winter einfallen lassen werden [...]

Damen und Herren der SPD, wie wird die Parole in diesem Winter lauten? Heizung aus, Nazis raus?

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] Aber ich kann Ihnen versprechen, meine Damen und Herren, wir werden fest an der Seite unserer Bürger stehen. Nicht nur hier im Parlament werden wir als AfD-Fraktion für Demokratie, Vernunft und Grundrechte kämpfen,

*(Torsten Koplín, DIE LINKE:
Das wäre ja mal was Neues. –
Daniel Seiffert, DIE LINKE:
Das zeichnet Sie ja besonders aus.)*

■ Franz-Robert Liskow, CDU:

„Mein Vorschlag ist und bleibt, die Gaspreise zu deckeln.“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Es ist nicht die Wahrheit, zu behaupten, dass wir dank Lubmin quasi an der Quelle sitzen und deswegen demnächst keine Gasknappheit mehr zu befürchten hätten, und wenn wir etwas übrig haben, dann schicken wir es nach Bayern. [...] Sollte demnächst wirklich Gas dort anlanden,

(Zuruf von Daniel Seiffert, DIE LINKE)

dann entscheidet über diese Verteilung sicher nicht die Staatskanzlei, egal, wer das Gas liefert. Ich warne davor, die Menschen in einer trügerischen Sicherheit zu wiegen. Panikmache bringt niemanden weiter, ich mahne aber dazu, ein realistisches Bild von der Lage zu haben.

[...] Mein Vorschlag ist und bleibt, die Gaspreise zu deckeln, bei den Preisen, die wir vor Beginn des Krieges hatten, plus maximal 30 Prozent. Jeder kann sich ausrechnen, was das konkret für ihn bedeutet, an der Zapfsäule, an den Kosten für Strom, an den Kosten fürs Heizen und für Warmwasser. Ein solcher Deckel setzt beim Preis an. Er setzt einen Sparanreiz, begrenzt aber gleichzeitig einfach und verständlich die Mehrbelastung für die Verbraucher.

[...] Ohnehin finde ich es erstaunlich, dass die Bundesregierung ein Entlastungspaket beschließt, das zumindest in Teilen zulasten der Länder geht, das jedenfalls der Zustimmung der Länder bedarf, und danach ruft Kanzler Scholz einen Bund-Länder-Gipfel ein. [...] Immerhin ist der Gipfel jetzt eine gute Gelegenheit für Frau Schwesig, das Ergebnis im Interesse unseres Bundeslandes noch einmal ordentlich nachzuverhandeln, drei Stichworte: Preisdeckel Gas/Strom/Öl – haben Sie auch schon gesagt –, strukturelle Entlastungen für Unternehmen und strukturelle Entlastungen für die arbeitende Mitte.

Gerade die Punkte zwei und drei, da bietet das Entlastungspaket 3 keinerlei Antworten. Dass die Unternehmen praktisch keinerlei Hilfe bekommen oder entlastet werden, das ist das eine. Dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Inflationsausgleich in Höhe von 3.000 Euro steuerfrei nur dann kriegen, wenn es der Arbeitgeber bezahlt, das setzt dem Ganzen dann die Krone auf.

(Marc Reinhardt, CDU: Das stimmt.)

Es wird zu folgendem Szenario führen: Es wird im Winter beispielsweise bei vielen Bäckereien, die es hart treffen wird, gerade dann, wenn die Energiepreise noch steigen – und es wird auch nicht alle geben, die diesen Winter und unter diesen Bedingungen überleben werden –, und diejenigen, die überleben, die bekommen dann die Möglichkeit, ihren Angestellten, die in der Regel nicht zu den Superreichen gehören, einen steuerfreien Bonus zu bezahlen, als Inflationsausgleich. Ja, wovon denn noch, werden dann die meisten Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land völlig zu Recht fragen!

[...] Das neue Entlastungspaket nimmt diejenigen in den Blick, die beim letzten Entlastungspaket vergessen wurden, also die Rentnerinnen und Rentner, die Studentinnen und Studenten. Der Abbau der kalten Progression ist keine Steuererleichterung, sondern der Verzicht des Staates auf Einnahmen, die ihm gar nicht zustehen. Zu einer Anpassung der Steuerkurve ist er rechtlich verpflichtet, der Verzicht auf staatliche Übergewinne ist in dem Sinne ein Gebot der Fairness. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Unternehmerinnen und Unternehmer gehen bei diesem Entlastungspaket weitgehend leer aus. Sie wurden praktisch vergessen. Ein solches Ergebnis kann man nicht bejubeln. Wir als CDU-Fraktion bieten heute einen Antrag, der eine sinnvolle Alternative bietet. Ich bitte um Zustimmung. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

■ Jeannine Rösler, DIE LINKE:

„Es muss Schluss damit sein, Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren.“



Foto: Uwe Sinnecker

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Es muss klar sein: bei niemandem darf das Licht ausgehen oder die Heizung abgestellt werden.“

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

So lautet die Mahnung von Diakoniepräsident Ulrich Lillie am Sonntag. Kanzler Scholz betonte mehrfach: „You'll never walk alone.“ Nichts treibt uns seit Monaten so um wie dieser verdammte Krieg gegen die Ukraine, die furchtbaren Zerstörungen, die getöteten und verletzten Menschen. Die Aus- und Nebenwirkungen sind global und auch hierzulande massiv spürbar, die Fragen von Energieversorgung, Energiesicherheit und vor allem Bezahlbarkeit von Energie so akut wie nie [...] Wir erleben täglich und überall, dass viele Menschen in größter Sorge sind und berechtigte Angst haben vor der Zukunft. Sie spüren längst und ganz konkret, dass der Wocheneinkauf immer teurer wird, der Sprit fürs Auto kaum noch bezahlbar ist und sich die Abschläge insbesondere bei den Heizkosten mindestens verdreifachen werden [...] Die Ergebnisse des Koalitionsausschusses konnten einige, jedoch bei Weitem nicht alle Zweifel an zielgenauer und spürbarer Entlastung für untere und mittlere Einkommen ausräumen. Viele der Ankündigungen sind vage und noch längst nicht in trockenen Tüchern [...] Und auch ein Herumdoktern an der Gasumlage macht diese nicht besser. Sie gehört ad acta gelegt.

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

[...] Die Umlage soll Gasimporteure vor der Pleite retten, ja. Aber was ist denn nun mit den Unternehmen, die fette Gewinne machen? Eine derart eklatante Ungerechtigkeit werden wir als LINKE keinesfalls stillschweigend hinnehmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

[...] Es muss Schluss damit sein, Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren. Systemrelevante Energieunternehmen und Infrastruktur – und dazu gehören selbstverständlich auch die Gasspeicher – sind elementare Teile der Daseinsvorsorge und gehören in öffentliche Hand [...] Arme Haushalte müssen ohnehin sparen, wo sie nur können, sie brauchen weder Vorgaben für Zimmertemperaturen noch Ratschläge fürs Duschen oder die korrekte Anwendung von Waschlappen.

Meine Damen und Herren, alle Teilnehmenden am Energiegipfel sprechen sich für einen Energiepreisdeckel aus, und zwar für ein Grundkontingent [...] Ein solcher Preisdeckel auf alle Energieformen ist sozial gerecht, macht Energie bezahlbar, die Kosten planbar und gibt einen Sparanreiz. Allein die Strompreisbremse wird da nicht ausreichen [...] Wir sagen ganz klar: Krisengewinnler müssen ohne Wenn und Aber an den gesellschaftlichen Kosten beteiligt werden!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

[...] Klar ist auch, dass wir uns so schnell wie möglich von fossilen Energieträgern unabhängig machen müssen. Auch bei diesem Prozess muss es sozial gerecht zugehen, anders als bislang. Eine faire Kostenverteilung für den Netzausbau mahnte ich bereits an. Es ist zutiefst ungerecht, dass diejenigen am meisten bezahlen, die die Windanlagen vor der Haustür haben.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Torsten Renz, CDU: Wer ist
denn in der Verantwortung?)*

[...] Und diese Dramatik, meine Damen und Herren, unterstreicht, wie wichtig das Aufheben der Schuldenbremse, das Abschöpfen von Übergewinnen für alle Energiearten und die Einführung eines Energiepreisdeckels für einen Grundverbrauch sind,

*(Der Abgeordnete Patrick Dahlemann
führt Gespräche an der Regierungsbank. –*

*Torsten Renz, CDU:
Könnte der Mensch mal da verschwinden? –*

*Enrico Schult, AfD:
Wir haben hier heute nur Oppositionspolitik. –*

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! –

*Torsten Renz, CDU:
Gucken Sie sich das mal an!*

der außer Strom auch Heizenergie umfasst.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und zudem muss die kritische Infrastruktur, wie etwa Gasspeicher und andere Versorgungseinrichtungen, in öffentliche Hand [...] niemanden alleinlassen, heißt nicht zuzulassen, dass sich auch nur ein Mensch in unserem Land entscheiden muss, ob er friert oder sich etwas zu essen kauft! Lassen wir nicht zu, dass sich rechtsextremistische Kräfte die Not zunutze machen.

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –
Zurufe von Horst Förster, AfD,
und Daniel Peters, CDU)*



Foto: Uwe Sinnecker

Jeannine Rösler (DIE LINKE) während ihrer Rede zur Energiekrise.

■ René Domke, FDP:

„Die Menschen verlangen [...] nach Antworten, nach Orientierung [...].“

Fotos: Uwe Sinnecker



[...] diese Krise kann [...] nur bedingt [...] im Land gelöst werden, [...]. Auslöser [...], eher [...] Beschleuniger ist der völkerrechtswidrige Krieg Russlands gegen die Ukraine.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

[...] Dieser [...] Krieg [...] offenbart [...] ein Versäumnis der letzten Jahrzehnte. [...],

*(Franz-Robert Liskow, CDU:
Da machen wir kein Geheimnis draus. –
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)*

dass man sich von billigeren Rohstoffen abhängig gemacht hat [...]. Wir haben jetzt [...] nicht mehr die Zeit [...], eine alternative Versorgung zu sichern. Es braucht Schnelligkeit, [...] Konkretheit, [...] Konsequenz. Und [...] es kommt darauf an, zusammenzustehen. [...]. Wir müssen über echte Lösungen nachdenken [...].

Einen [...] großen Schritt genau in diese Richtung hat die Bundesregierung mit dem dritten Entlastungspaket vorgenommen.

(Daniel Peters, CDU: Oh!)

[...]

*(Zuruf aus dem Plenum:
Du musst nur dran glauben.)*

Eigentlich sind es [...] mehrere [...], sie sind in einem Kompromiss entstanden, genau, wie jeder weitere Schritt auch in einem Kompromiss entstehen wird. [...].

(Zuruf von Thore Stein, AfD)

[...]

*(Beifall Eva-Maria Kröger, DIE LINKE:
Das ist wahr.)*

[...].

*(Torsten Koplin, DIE LINKE: Das stimmt allerdings. Das stimmt allerdings. –
Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)*

[...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

Frau Schwesig [...]

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

[...] Sie haben zum Energiegipfel geladen, und das war [...] richtig so. [...] Aber das Konkrete, was wir hier im Land jetzt begleitend, ergänzend zum Bundespaket umsetzen wollen, das ist [...] noch nicht deutlich geworden.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

[...].

Und schon stellt sich [...] auch die Frage, warum dieser Gipfel hier im Land eigentlich so spät stattgefunden hat. [...] Die Menschen verlangen [...] nicht erst seit heute nach Antworten, nach Orientierung [...].

*(Julian Barlen, SPD: Das ist falsch! –
Patrick Dahlemann, SPD:
Das ist doch hanebüchen!)*

[...] Sie, Frau Schwesig, haben in Ihrer Rede drei Herausforderungen formuliert, [...] die Beschaffung von mehr Energiequellen für M-V, das Einsparen von Energie und das Schaffen von Planungssicherheit und Entlastung. [...] aber [...] das Handeln der Landesregierung in M-V [...] sah etwas anders aus. [...]

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

[...]

*(Nikolaus Kramer, AfD:
Schauen Sie mal nach Ungarn!
Schauen Sie mal nach Ungarn!)*

[...]

(Nikolaus Kramer, AfD: Mit dem jetzigen Weg gehen wir in die Isolation.)

[...]

(Nikolaus Kramer, AfD: Das stimmt doch einfach nicht, was Sie erzählen!)

[..]

(Heiterkeit bei David Wulff, FDP)

[..]. Das hätte ich mir gewünscht in dieser Regierungserklärung, dass wir einen Ausblick bekommen, wann welche Schritte unternommen werden [..]. Da fehlt mir die Konkretheit. Und das ist das, was die Leute, was die Wirtschaft umtreibt im Moment.

(Daniel Seiffert, DIE LINKE: Kommen Sie mal in den Ausschuss, da wurde noch mal geredet!)

[..] Sie und Ihre Landesregierung haben bei den Themen Wasserstoff und [..] kurzfristig LNG [..] die Chance für Deutschland, einen echten Beitrag zu leisten und zur Versorgungssicherheit beizutragen. [..]. Warum wirkt es nach außen, [..] nicht so, als wenn das im Moment die oberste Priorität hätte?

Die Bundesregierung hat Ihnen [..] ein Beschleunigungsgesetz an die Hand gegeben [..]. Jetzt muss M-V nachziehen

(Zurufe von Rainer Albrecht, SPD, und Marc Reinhardt, CDU)

[..]. Es müssen flankierende Unterstützungen erfolgen, [..] unbürokratisch aus einer Hand, schnell und zuverlässig. [..] mit Hilfsprogrammen das abgedeckt werden, was nicht einfach im Preis weitergegeben werden kann. Stundungen und Erlasse sind [..] Möglichkeiten, Liquidität zu verschaffen [..].

[..] aber es gehört zur Wahrheit dazu, dass es in Kriegszeiten [..] auch keine Wohlstandsgarantie geben kann [..]. Es gibt [..] Chancen, [..], die Fehler, die wir in den letzten Jahrzehnten gemacht haben in der Energiepolitik, dass wir die jetzt geradebiegen. [..]

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

■ Julian Barlen, SPD:

„Mecklenburg-Vorpommern steht zusammen.“



Foto: Uwe Sinnecker

[..] Nach wie vor beschäftigt uns alle der schreckliche Krieg Russlands gegen die Ukraine [..] – ein Krieg Russlands gegen jede Moral, gegen jedes Völkerrecht [..]. Und das spüren wir alle [..] nicht zuletzt daran, dass Lieferverpflichtungen, auch beim Gas, durch Russland schlicht nicht eingehalten werden. [..] Wir alle in Mecklenburg-Vorpommern werden es packen, auch diese schwere Situation zu meistern, wenn erstens Mecklenburg-Vorpommern zusammensteht und zusammenhält. [..] Die Regierung von Mecklenburg-Vorpommern hat mit dem Energiegipfel in enger Abstimmung mit der Wirtschaft, mit den Gewerkschaften, mit den Kommunen auf genau so eine Fortsetzung von Zusammenarbeit gesetzt.

Und wenn [..] Land und Kommunen, Politik, Wirtschaft, Verbände, Institutionen, wenn die sich alle unterhaken und gemeinsam den besten Weg durch die Krise und aus der Krise verabreden, dann macht das [..] wirklich den positiven Unterschied bei der gemeinsamen Bewältigung von Herausforderungen. [..] wie packen wir es, in Mecklenburg-Vorpommern durch die Krise zu kommen? Erstens durch Zusammenhalt, zweitens durch die Sicherstellung der Versorgung und drittens wird es Mecklenburg-Vorpommern packen, auch diese Situation zu meistern, wenn niemand mit den Herausforderungen, mit den Ängsten, mit den Sorgen alleingelassen wird. [..]

Und auf diese Frage [..] hat der Energiegipfel der Landesregierung mit der Wirtschaft, mit den Gewerkschaften, mit den Kommunen, den Verbänden und Institutionen eine ganze Reihe sehr konkreter Positionen und Antworten gegeben.

*(Thore Stein, AfD:
Können Sie noch mal wiederholen? –
Zuruf von Horst Förster, AfD)*

[...] Da geht es, meine Damen und Herren, um eine vereinbarte Strompreisbremse für die Grundversorgung, die die Herausforderungen nicht nur an der Wurzel packt, sondern wirklich an den Hörnern, also, wenn es nämlich darum geht, völlig überbeuerte Energierechnungen gar nicht erst auf den Küchentisch der Bürgerinnen und Bürger flattern zu lassen,

*(Horst Förster, AfD:
Sind sie doch schon längst! –*

*Wolfgang Waldmüller, CDU:
Die sind schon da!*

Ein Energiepreisdeckel setzt vorne an, verhindert vielfältig eine finanzielle Überlastung, erspart aufwendige nachlaufende Transferleistungen. Deshalb ist diese Maßnahme vorzuziehen. Es ist gut, dass die Ampel sich zu einer schnellen Klärung für einen solchen Energiedeckel bekannt hat.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

[...] Meine Damen und Herren, viele weitere Instrumente sind genannt. Jedes einzelne würde es verdienen, länger dazu auszuführen, aber dafür reicht die Zeit nicht: unsere Forderung nach 300 Euro Energiegeld auch für Rentnerinnen und Rentner, zusätzliches Geld für Studierende, Fachschüler,

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

[...], eine umfassende Wohngeldreform mit einem Heizkostenzuschuss II, Schutz für Mieterinnen und Mieter, damit niemand unverschuldet seine Wohnung verliert oder die Energie abgeklemmt bekommt, einen Verhandlungsrahmen für ein solches Deutschlandticket, wo jetzt geklärt wird, wie das geht, und wir übrigens als Mecklenburg-Vorpommern da auch Vorbild sein können, weil wir mit dem Azubi-Ticket, mit den Vorbereitungen für ein Seniorenticket schon längst auf dem Weg sind [...].

Da sind enthalten Hilfen für Unternehmen, eine Sicherung des Zugangs zu den KfW-Krediten, eine Verlängerung des Kurzarbeitergelds, eine Verlängerung der sieben Prozent Mehrwertsteuer für die Gastro. Die kleinen und mittleren Unternehmen sind bei dem Stromdeckel und sollen auch beim Gasdeckel selbstverständlich einbezogen sein. [...] Und wir haben ganz klar gesagt, [...] das ist nicht das Ende der Fahnenstange, das ist nicht das Ende der Diskussion, da müssen weitere Hilfen folgen [...]. So wird das am Ende funktionieren [...].

■ Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Die Menschen in unserem Land brauchen die Gewissheit, dass sie aufgefangen werden.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

[...]

Wir leben in herausfordernden Zeiten, die vielen Menschen in unserem Land existenzielle Sorgen und berechtigte Ängste bereiten. [...] Zeiten, in denen die Verzweiflung oft näher scheint als die Hoffnung.

*(Enrico Schult, AfD: Zeiten,
die Sie herbeigeführt haben.)*

[...]

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Sagen Sie das mal den
Unternehmern, die gerade Insolvenz anmelden!)*

Was der vorliegende Antrag fordert, ist [...] gute Vorbereitung und agiles politisches Handeln. Er fordert, dass die Landesregierung ihre Hausaufgaben macht, um den Bürger/innen in Mecklenburg-Vorpommern genau an den Stellen einen Schutzschirm aufzuspannen, wo die Bundesinitiativen nicht greifen, [...]

Bei einem um Wochen verzögerten Energiegipfel, dessen Ergebnisse zu großen Teilen aus dem Fingerzeig in Richtung Berlin bestehen, frage ich mich [...]: Wo ist sie, die beherzte Verantwortungsübernahme unserer Landesregierung? In einem Bundesland mit dem geringsten Einkommensniveau, mit vielen Kleinstrenten, mit einer Armutsquote von 18 Prozent und circa 290.000 armutsgefährdeten Menschen steht die rot-rote Landesregierung nach dem Energiegipfel mit ziemlich leeren Händen da.

*(Beifall vonseiten der CDU und
Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –*

Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU: So ist es.)

[...] Ich denke an die alleinerziehende ambulante Pflegerin, die mit 1.627 Euro netto nach Hause geht, bei der die monatlichen Mobilitäts- und Energiekosten explodiert sind. [...]

*(Petra Federau, AfD:
Frau Wegner will gerade noch mehr.)*

Was soll sie tun, wenn [...] Entlastungsmaßnahmen aus Berlin nicht reichen? Woher kommt Ihre schnelle [...] Hilfe? Wie lange wird sie auf einen Termin in einer Beratungsstelle warten müssen?

*(Enrico Schult, AfD: Das fragen
Sie mal den Wirtschaftsminister!)*

[...] Unsere sozialen und gesundheitlichen Einrichtungen, die Pflegeheime und Kitas, die Frauenhäuser und Gemeindegärten. Was passiert dort, wenn die Kosten nicht mehr gedeckt werden können? [...]

*(Torsten Renz, CDU:
Auch deswegen brauchen wir schon
einen Sozialgipfel.)*

In Schleswig-Holstein hat die Landesregierung [...] ein 180 Millionen schweres Entlastungspaket beschlossen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
Barbara Becker-Hornickel, FDP)*

Die Ergebnisse von Schleswig-Holstein verdeutlichen die Dimension der Bedarfe und machen klar: Wir stoßern in Mecklenburg-Vorpommern noch völlig im Nebel und brauchen dringend mehr Informationen darüber, wie hoch die Bedarfe konkret sind und wo sie überhaupt liegen, [...]

*(Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt
übernimmt den Vorsitz.)*

Nach den wenig konkreten Ergebnissen des Energiegipfels muss in einem weiteren Schritt die Expertise aller Akteurinnen im sozialen Bereich bei einem Sozialgipfel an einen Tisch gebracht werden. [...] Die [...] herausgearbeiteten Bedarfe und Maßnahmen inklusive entsprechender barrierearmer Kriterien zum Erhalt schneller finanzieller Hilfen müssen [...] schnellstmöglich in eine Konkretisierung und Erweiterung des Härtefallfonds münden.

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, Sie haben zwei Möglichkeiten, mit diesem Antrag umzugehen: Sie können, wie in den letzten Wochen öfter geschehen, verbal auf die GRÜNEN einhauen [...], indem Sie völlig verkennen, dass es die Abhängigkeit vom russischen Kriegstreiber und

die völlig verfehlte Energiepolitik dieser und vergangener Regierungen ist, die uns die derzeitige Krise eingebrockt haben.

(Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Sie können den Antrag auch so nehmen, wie er auf dem Papier steht, als eine ernst gemeinte Antwort auf die Frage, wie wir uns am besten auf den Herbst und Winter im Nordosten vorbereiten können. [...] Die Menschen brauchen ein klares Signal [...], dass sie im Notfall entlastet werden. Und damit stehen Sie nicht allein. Wir als grüne Oppositionsfraktion unterstützen Sie dabei gerne,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

*(Zuruf vonseiten
der Fraktion der CDU: So ist es.)*

(Martin Schmidt, AfD: Das Demonstrationsrecht gilt nicht, oder was?!)

*(Zurufe von Petra Federau, AfD,
Paul-Joachim Timm, AfD, und
Daniel Seiffert, DIE LINKE)*

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

[...] Die Menschen in unserem Land brauchen die Gewissheit, dass sie aufgefangen werden, wenn es nicht mehr weitergeht. Deshalb braucht es passgenaue schnelle Hilfen und einen soliden Plan, wann an wen diese ausgezahlt werden können. Daher bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Vielen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*



Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus während der Aktuellen Stunde

Aktuelle Stunde zu Bedingungen im Agrarsektor

Visionen zur modernen Landwirtschaft

Am 8. September begann in Müh-
lengeez die Landwirtschaftsmesse
MeLa 2022. Landwirtschaftsminister
Dr. Till Backhaus und Landtagsabge-
ordnete nahmen an der morgend-
lichen Eröffnung der Leistungsschau
teil. Am Nachmittag tauschte sich das
Parlament in einer von der SPD bean-
tragten Aktuellen Stunde zum Thema
„Aktuelle Lage der Landwirtschaft und
der Ernährungsbranche in Mecklen-
burg-Vorpommern“ aus. Trotz aller bestehenden Probleme
schauten Minister Backhaus und die
Koalitionsfraktionen optimistisch auf
die Land- und Ernährungswirtschaft.
Besonders der Minister würdigte die
unter den zurückliegenden und beste-
henden, schwierigen Bedingungen er-
brachten Leistungen. Die AfD-Fraktion
sah die Situation eher kritisch. Aber
auch die CDU, die FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN machten sich Sorgen
um die Landwirte und sahen die Politik
in der Pflicht für Verbesserungen.

MV sei ein mit einem günstigen Klima
gesegnetes Land, stellte Dr. Sylva Rahm-
Präger (SPD) fest. Das sei eine gute Aus-
gangslage für eine sichere und ertrag-

reiche Landwirtschaft und erlaube den
Landwirten, mit Anlagen für alternative
Energie auf ihren Flächen „Strom zu er-
nten“, besonders Sonnenenergie. Die sehr modern aufgestellte Landwirt-
schaft werde zu 99 Prozent von kleinen
und mittleren Höfen betrieben. Sie pro-
duzierten Lebensmittel, die „mehr als 30
Prozent des gesamten Exports“ aus MV
ausmachten.

Problematisch seien die diesjährigen
Verluste im Futtermittelanbau, die den
tierhaltenden Betrieben zu schaffen
machten. Landwirte versuchten durch
einen flexiblen Anbau auf den Markt zu
reagieren. Die Probleme der steigenden
Energie- und Düngemittelpreise jedoch
blieben. Hier wünschte sie sich, dass die
Politik die Lebensmittelerzeuger besser
schütze und hohe, deutsche Landwirt-
schaftsstandards „auch als Maßstab für
Importe nehme“.

Landwirtschaftsminister Dr. Till Back-
haus dankte der Land- und Ernäh-
rungswirtschaft dafür, dass die Branche
in der allgemeinen schwierigen Lage
„komplett abgeliefert“ habe. Niemand
in Deutschland musste hungern. Ange-
sichts der Sorge der Menschen um die

Dr. Sylva Rahm-Präger
(Vorsitzende des Agrarausschusses)

Energieversorgung könne er ein „absolut
positives Signal senden“: Landwirtschaft
und der ländliche Raum würden „der Gar-
rant für die Zukunft der Versorgung mit
Energie sein“. Nicht nur als „Lebensmittel,
sondern natürlich auch für Wind, Sonne,
Biomasse“.

Der Minister „wagte“ die These, dass MV
aufgrund bester Maschinensysteme,
der Flächengröße und der Agrarfor-
schung „der modernste Agrarstandort in
Deutschland, in Europa ist“. Er beobachte
den Übergang hin zu jungen, engagier-
ten Landwirten, die Teil des gesellschaft-
lichen Lebens auf den Dörfern seien. Bei
kritischen Themen wie der Rechts- und
Planungssicherheit sowie der Düngemit-
telverordnung erwarte er Unterstützung
aus Berlin.

Jens Schulze-Wiehenbrauk (AfD) hoffte, es bleibe bei der Systemrelevanz der Landwirtschaft. In Wirklichkeit stünden viele Landwirtschaftsbetriebe „massiv vor Existenzproblemen und da kann die Politik wirklich helfen“. So sei es bei der Düngemittelverordnung nicht „lösungsorientiert“, mit Verboten zu arbeiten. Man könne über „gesellschaftliche Experimente“ streiten, „aber ohne Ernährung gibt es richtige Probleme“. Er warne davor, dies „auf die leichte Schulter“ zu nehmen.

Zur Verhinderung einer Ernährungskrise bedürfe es der intensiven Landwirtschaft. Er kenne kein anderes „Wundermittel“. Eine erzwungene Ökologisierung führe in die nächste Krise. Kritisch sehe er auch die Verwendung landwirtschaftlicher Nutzfläche für andere Zwecke. Hier in Deutschland würden Energiepflanzen angebaut, aber das Tierfutter komme aus Südamerika. Das sei doch „Ökoschwindel“, gab der Abgeordnete zu bedenken.

Auch **Thomas Diener** (CDU) adressierte die Herausforderungen, denen sich die Landwirtschaft seit Jahren stellen müsse: „mangelnde Planungs- und Investitionssicherheit, explodierende Faktorkosten, Mindestlohn, Fachkräftemangel, Einschränkungen beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Dünger und nicht zuletzt steigende Preise am Bodenmarkt“. Lange Genehmigungsverfahren für die Tierhaltung gefährdeten die Wirtschaftlichkeit. Niemand investiere in ein Unternehmen, wenn sich alle 3 Jahre die Grundvoraussetzungen änderten.

Ihm fehlten Antworten der Koalition auf „die Landesdüngerverordnung, die Ausweisung von Schutzgebieten, Vorgaben zur Auslegung des ökologischen Landbaus, mangelndes Engagement für die Weidetierhalter, ausufernde Bürokratie und zuletzt restriktive Maßnahmen bei der Vergabe von landeseigenen, landwirtschaftlichen Flächen“.

Es gelte, aktiv zu werden und Maßnahmen zu ergreifen.

Moderne Landwirtschaft sei beides: produktiv und ökologisch, vertrat **Daniel Seiffert** (DIE LINKE) die Ansicht seiner Fraktion. Da die Land- und Ernährungswirtschaft ein Partner in der Bewältigung der Gegenwartskrisen sei, warb er für deren Beteiligung bei der Ausarbeitung des Klimaschutzgesetzes des Landes. Nach

dem Willen der Koalition solle in MV eine „moderne, leistungsfähige und an Nachhaltigkeit orientierte Landwirtschaft in vielfältigen Strukturen und Betriebsformen“ gesichert bleiben, „ohne auf soziale und Ökostandards beim Umbau der Landwirtschaft zu verzichten“. Für die SPD und DIE LINKE gelte der Grundsatz: „Ackerland gehört in Bauernhand“ – Verpachtung gehe vor Privatisierung. Wertvoller Boden müsse dem Landbau vorbehalten bleiben und die Errichtung von PV-Anlagen „strengen Prämissen“ unterliegen. Er sei optimistisch, dass das Land „unter Gewährleistung der Versorgungssicherheit bis spätestens 2040 klimaneutral“ sein könne.

Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dankte ausdrücklich den Agrar- und verarbeitenden Betrieben im Land. Diese Unternehmen bräuchten Rechtsicherheit, denn die „Bestätigung des deutschen GAP-Strategieplans (GAP: gemeinsame Agrarpolitik) durch die EU-Kommission steht noch immer aus“. Seit Jahren verwende Deutschland EU-Fördermittel, ohne dass sie dem Klima- und Umweltschutz dienen. So gestatteten geförderte Umweltmaßnahmen des Landes weiterhin die Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln. Die Abgeordnete kritisierte die Verwendung von Getreide als Futtermittel. „Da haut doch irgendwas mit der Balance nicht hin“, solange europaweit 69 Prozent des Getreides an Tiere verfüttert werde. Das sei „Irrsinn“ und „Ressourcenverschwendung“ und müsse sich ändern. Sie sei sich sicher:

„Wenn es uns gelingt, die gemeinsame europäische Agrarpolitik in diesem Sinne nachhaltig zu verändern, haben auch die Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern eine Zukunft.“

Sandy van Baal (FDP) freute die Anerkennung der Leistung der Landwirte durch den Minister. Dennoch sei die Situation schwierig. Preissteigerungen und Fachkräftemangel seien eine Sache. Aber wenn der Landwirt mehr mit „Papierkram“ statt der Arbeit auf dem Feld beschäftigt sei, dann stimme etwas nicht. Die Planungssicherheit sei ein großes Problem. Sie wisse aus persönlichen Gesprächen, dass die Landwirte beim Düngemitelesatz ratlos seien. Sie werde ständig gefragt: „Was gilt denn jetzt?“ oder „Wie geht alles insgesamt weiter?“ Ähnliches träfe auf die EU-Agrarpolitik zu: „Auch hier weiß niemand, wie es im nächsten Jahr weitergehen soll. Das ist doch kein akzeptabler Zustand!“

Bei vielen Themen könnte mit etwas besserer Kommunikation Abhilfe geschaffen werden.

„Es braucht einen gemeinsamen konstruktiven Austausch“, schlug die Abgeordnete vor, denn: „Reden und Zuhören, das ist ein Teil der Lösung.“

*Aktuelle Stunde auf Antrag der SPD
Es fand eine Aussprache statt.*

GAP: Gemeinsame Agrarpolitik



Foto: Uwe Sinnecker

Abgeordnete der Fraktionen AfD, FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD

Wer bestellt, muss bezahlen

Wer zahlt, wenn der Bund Aufgaben an Kommunen überträgt

■ Ein Antrag der AfD, der im Kern eine finanzielle Überlastung der Kommunen abwenden sollte, berief sich auf das Konnexitätsprinzip im Artikel 72 der Landesverfassung und den Selbstbestimmungsgrundsatz der Gemeinden und Gemeindeverbände, wie in Artikel 84 des Grundgesetzes formuliert.

Generell weist der Bund der föderalen Ebene der Länder die Aufgaben und Finanzen zu. Die Länder wiederum verteilen Aufgaben und Verantwortlichkeiten sowie die dazugehörigen Finanzen an die Städte und Gemeinden.

Die AfD vertrat die Auffassung, dass Gemeinden und Kreise auch dann Anspruch auf Landesfinanzen hätten, wenn eine Aufgabenveränderung vom Bund initiiert wurde und diese Aufgabe schon zuvor vom Land erteilt gewesen war. Für diese Aufgabenerweiterung durch den Bund solle der Konnexitätsgrundsatz der Landesverfassung greifen. Demnach erhielten Kommunen finanzielle Zuwendungen vom Land, auch wenn der Bund Auftraggeber sei.

Die Übertragung von Aufgaben auf die Kommunen führt zu deren finanzieller Belastung, unterstrich **Horst Förster** (AfD) den Hauptgrund für den von seiner Fraktion eingebrachten Vorschlag zur Landesverfassungsänderung. Darum gebe es in der Landesgesetzgebung das im Artikel 72 festgelegte „Konnexitätsprinzip“. Bei einer Mehrbelastung der Kommunen sei ein finanzieller Ausgleich herzustellen. Artikel 84 des Grundgesetzes besagt, Kommunen können keine Aufgaben durch das Bundesgesetz auferlegt werden. Dies sei aber mit der Reform des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes geschehen und führe „zu erheblichen Mehrbelastungen der örtlichen Träger“. Die AfD sehe hier die Anwendbarkeit des Konnexitäts-

Konnexität

Mit Konnexität wird ein direkter Zusammenhang zwischen einer Aufgabenteilung und Finanzierungsverantwortung bezeichnet. Die staatliche Ebene, die über die Art und Weise einer Aufgabenerfüllung entscheidet, trägt auch die Kosten dafür. Der Begriff wird vorwiegend im Verfassungsrecht und in der Finanzwirtschaft genutzt. Salopp wird der Grundsatz auch häufig „wer bestellt, muss auch bezahlen“ formuliert.

grundsatzes und wolle eine Klarstellung per Landesverfassung erzielen. Es solle nicht auf das Ergebnis, der derzeit beim Landesverfassungsgericht anhängigen Verfahren gewartet werden. Hier sei die Politik gefordert, legte Horst Förster dar und bat um Überweisung in den Rechts- und Sozialausschuss.

„Der entscheidende Punkt“ sei, konkretisierte Innenminister **Christian Pegel** (SPD), dass das Land „dafür geradesteht“, wenn es die Kommunen belastet. Das entspreche der Idee: „Wer die Musik bestellt, soll sie dann auch bezahlen.“ Keiner solle sich zulasten Dritter, politischer Projekte entledigen oder sich bereichern. „Die kommunale Familie soll nichts vom Land aufgepfropft bekommen“, ohne dass ein Ausgleich erfolge. Der Fall hier liege aber etwas anders. Der Bund bestelle die Musik und jetzt solle das Land „das Rundum-sorglos-Paket einer 1A-Versicherung erfüllen“. Wenn der Bundestag etwas beschließt, das Land im Bundesrat aber beschränkte Einflussmöglichkeit hat, solle es trotzdem die finanzielle Verantwortung übernehmen. Das werde mit der Konnexitätsregelung nicht gedeckt. Das Land hafte nicht für den Bund. Für Innenminister Pegel böten bisherige Regelungen genug Sicherheit. So sei durch die regelmäßige Vergleichsbelastung für einen Ausgleich zwischen Land und Kommunen gesorgt.

Marc Reinhardt (CDU) hielt die vom Bund vorgeschlagenen Maßnahmen für das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz für sinnvoll und notwendig.

Aber die Ausfinanzierung dieses Bundesgesetzes „lässt deutlich zu wünschen übrig“. Die Stadt Schwerin habe Mehrkosten von 88 Millionen Euro und Rostock von 11,8 Millionen Euro kalkuliert. Das Land mache sich „einen schlanken Fuß“. Es stimme, dass sich Konnexität auf das Landesrecht bezie-

he und eine „Vollkasko-Mentalität“ nicht weiterhelfe. Da die Summen jedoch erheblich seien, klagen Schwerin und Rostock vor dem Landesverfassungsgericht. Schwerin sei dabei, beim Bundesverfassungsgericht zu prüfen, ob hier ein Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden vorliege. Aus Sicht von Marc Reinhardt sei das durchaus gegeben. Die CDU erwarte von der SPD, sich auf Bundesebene für die Kommunen einzusetzen. Zum jetzigen Zeitpunkt sei eine Verfassungsänderung „der falsche Weg“. Es bleibe, die Klagen abzuwarten.

Mit einem Rückblick auf die Entstehung der Konnexitätsregelung trug **Michael Noetzel** (DIE LINKE) zum Verständnis sowohl der Problematik als auch der Ablehnung des Antrages durch seine Fraktion bei. In der damaligen Anhörung im Rechtsausschuss sei ausdrücklich festgestellt worden, dass die Konnexität „nicht für Belastungen gilt, die von Entscheidungen des Bundes oder der Europäischen Union ausgingen“. Diese seien „im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs auszugleichen“. In einer folgenden Erklärung von Landesregierung und kommunaler Landesverbände vom März 2002 heiße es: „Die landesrechtliche Konnexitätsregelung gilt auch für die Ausführung von zusätzlichen Bundes- und EU-rechtlichen Regelungen durch kommunale Körperschaften, soweit dem Land die Kompetenzzuweisung freisteht und es davon zulasten der Kommunen Gebrauch gemacht hat“. Die Vereinbarung gelte als „Instrument der Konfliktbeilegung“. Sollte der vorliegende AfD-Entwurf umgesetzt werden, würde diese Erklärung mit ihren zentralen Grundsätzen obsolet.

Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) konnte eine deutliche Rechtslage erkennen. „Nach Artikel 72, Absatz 3 der Landesverfassung können die

Kommunen durch Gesetz [...] zur Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben verpflichtet werden, wenn dabei gleichzeitig über die Deckung der Kosten Regelungen getroffen werden“, trug die Abgeordnete vor. Der AfD-Antrag fordere dies auch für Aufgaben des Bundes. Hier schütze weitgehend der Artikel 84, Absatz 1, Satz 7 Grundgesetz die Kommunen. Danach dürften Gemeinden und Gemeindeverbänden keine Aufgaben durch Bundesgesetz übertragen werden. Dies diene der „Sicherung der Organisationshoheit der Länder“ und vor allem dazu, dass Kommunen Aufgaben nur mit „Sicherstellung einer adäquaten Kostenerstattung übertragen werden“. Eine Aufgabenteilung durch das Land ziehe das Prinzip der Konnexität nach sich. Sie sehe keinen Bedarf für eine Ergänzung der Landesverfassung.

Auch die FDP werde den Antrag ablehnen, teilte **René Domke** (FDP) für seine Fraktion mit. Als langjähriger Kommunalpolitiker sei ihm die Bedeutung des Konnexitätsprinzips bewusst. „Ich frage mich, was Sie mit der Änderung erreichen wollen“, richtete er an die AfD. Ihm fehle die „Begründung, warum wir jetzt wirklich eine Gesetzesänderung brauchen“.

Die gemeinsame Erklärung der Landesregierung und der kommunalen Spitzenverbände verdeutliche, dass die landesrechtliche Konnexitätsregelung auch für die Ausführung von bundesrechtlichen Regelungen greife, wenn dem Land die Kompetenzzuweisung freistehe. Er befand dies als hinreichend. Die Finanzsicherheit sei immer gegeben, aber es stehe ja auch stets der Klage offen.

Martina Tegtmeier (SPD) stimmte den Erläuterungen ihres Kollegen Michael Noetzel zur Vereinbarung zwischen Kommunen und Landesregierung zu. Zur Umsetzung des Konnexitätsprinzips existierten drei maßgebliche Regelwerke in funktionierender Reihenfolge. Diese fokussierten nicht nur auf die Aufgaben, die das Land an die Gemeinden übertrage. Sondern auch auf das, was vom Land beeinflussbar sei, wenn die EU und der Bund bestimme und der Auftrag auf die kommunale Ebene überginge.

Der vorgelegte Vorschlag sei nicht die eigentliche Lösung und riskiere, vom Verfassungsgericht revidiert zu werden. Es sei noch offen, ob es bei dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz tatsächlich um eine Aufgabenerweiterung oder nur um eine organisatorische Umstrukturierung gehe. Auch eine Änderung der Verfassung würde nicht vor gerichtlichen Auseinandersetzungen schützen. Die SPD werde den Antrag ablehnen und auch nicht überweisen.

Horst Förster hielt die Argumentationen für „bedauerlich“. Es sei „ganz offensichtlich“, dass nicht mal eine Ausschussüberweisung gewünscht sei. Dabei habe sich klar eine bestehende Lücke herausgestellt, sonst würde es nicht zu den Klagen kommen. Die Begründung von Minister Pegel zur Rundumsorglos-Mentalität fand der Abgeordnete „etwas despektierlich“. Damit mache es sich der Innenminister „doch etwas zu einfach“.

Die erwähnte Erklärung hat keinen Verfassungsrang. Maßgeblich sei das Gesetz, beziehungsweise die Verfassung. Horst Förster sah die „Aufgabe primär bei der Politik, sich dieses Problems anzunehmen“ und nicht beim Landesverfassungsgericht.

In der Abstimmung lehnten, außer der AfD, alle Fraktionen die Überweisung in den Ausschuss ab.

Gesetzentwurf AfD

Beschluss:

Ablehnung der Überweisung

Gemäß § 48 Abs. 3 GO LT wird der Gesetzentwurf spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt.

Modernes und vielfältiges Qualitäts-camping

Mit einer koordinierten Initiative attraktives und zeitgemäßes Camping gestalten

Campingtourismus in MV ist nicht nur sehr beliebt, er ist ein zunehmender Wirtschaftsfaktor.

Jede fünfte bis sechste Übernachtung in MV werde auf einem der mehr als 200 Campingplätze im Land gebucht. Es sei aber nötig, in Qualität zu investieren und auf neue Trends einzugehen, riet die Regierungskoalition. Mit ihrem Antrag wollen DIE LINKE und die SPD die Überarbeitung der Verordnung für Camping- und Wochenendplätze in Mecklenburg-Vorpommern (CWVO) anschieben und sie an die Empfehlungen des Bundesverbandes der Campingwirtschaft anpassen. Ein Schwerpunkt dabei sei, Mobilheime und sogenannte Tiny Houses zur dauerhaften Aufstellung zu genehmigen. Ein anderer, die Modernisierung von unter Bestandsschutz stehenden Campingplätzen im Wald zu ermöglichen und Regeln für das freie Campen einzuführen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN reagierte auf diese Vorhaben mit einem Änderungsantrag. Grundsätzlich sei Camping eine begrüßenswerte, naturnahe Form des Tourismus. Dazu gehöre aber, konkrete Nachhaltigkeitskriterien für den Klima- und Umweltschutz festzulegen. Die im Koalitionsantrag vorgeschlagene Errichtung fester Campinghäuser, Tiny Houses oder Mobilheime von 50 m² Grundfläche habe nichts mit Camping gemein. Der Fokus sollte auf bodenständigem Camping liegen, warb BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

MV liege in der Beliebtheit bei Campingfreunden auf dem zweiten Platz nach Bayern, leitete die Fraktionsvorsitzende **Jeannine Rösler** (DIE LINKE) die



Mobilheime und sogenannte Tiny Houses mit einer Grundfläche von 50 Quadratmetern sollen zukünftig das Angebot auf Campingplätzen erweitern.

Vorstellung des Gemeinschaftsantrags von DIE LINKE und SPD ein. „Mit diesem Pfund müssen wir wuchern, wir müssen es hegen und pflegen“, appellierte die passionierte Freizeitcamperin an ihre Kollegen. Obwohl das Thema Qualitätssteigerung im Camping und Wohnmobiltourismus bereits 2020 das Parlament beschäftigte, sei „wenig passiert“. Nun habe der Wohnmobiltourismus durch die Corona-Pandemie einen Aufschwung erfahren. Viele Wohnmobile parkten frei in der Natur und hier gebe es eine Diskrepanz zwischen Regeln auf Campingplätzen und diesen freien Campern. Das müsse „besser gelenkt werden“. Die Abgeordnete sprach Ver- und Entsorgungsstationen, den Stromzugang, den Brandschutz und die Sicherheit an.

Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD) fühlte sich durch den Antrag „ermuntert“, Qualitätsstandards zu erarbeiten. „Und wir werden auch liefern“, versprach der Minister, da hier „eine vernünftige Sache angesprochen worden ist“. Gerade in Anbetracht der enorm gestiegenen Anzahl von Caravans brauche es auch Qualitätsstandard für die Stellplätze in den Kommunen. Das Gleiche gelte für Tiny Houses auf Campingplätzen. Er begrüße diese Idee als „ein zusätzliches Angebot, was jeden Campingplatz attraktiver macht“. Das Wirtschaftsministerium stehe auch deshalb hinter diesem Antrag, weil es um mehr Rechtssicherheit für Investitionen auf Campingplätzen gehe. Es sei rich-

tig, die betreffenden Rechtslagen beim Bau-, Naturschutz- und Waldrecht in einer Verordnung möglichst miteinander zu verbinden.

Paul-Joachim Timm (AfD) war strikt gegen feste Wohnmöglichkeiten auf Campingplätzen und fragte, ob hier eine Alternative für Menschen geschaffen werde, die sich heizen und wohnen bald nicht mehr leisten könnten. Die Größe eines Tiny Houses von 50 m² ziele nicht auf Camping ab. Solche Häuser seien eine feste Installation und dürften auch nicht auf der Straße bewegt werden. „Der Aspekt der Mobilität geht damit völlig verloren“, formulierte der Abgeordnete sein Unverständnis. Gewöhnlich reise ein Campingtourist mit seiner Unterkunft an und nehme sie auch wieder mit. Er wolle doch keine permanente Bleibe. „Hier werfen Sie einfach Mobilheime und Tiny Houses zusammen in einen Topf.“ Der Politiker fragte, wie sich der Antragsteller den Campingtourismus eigentlich genau vorstelle. Die AfD werde diesem Antrag nicht zustimmen.

Wolfgang Waldmüller (CDU) widersprach der Argumentation der AfD. Ohne Änderung dieser Verordnung werde MV „Wettbewerbsnachteile haben“, mahnte der Abgeordnete. Andere Länder hätten dies getan. Aus Gesprächen mit dem Campingverband wisse er, dass es viele überholte Regelungen gebe. Andererseits fehlten Qualitätsstandards für kommunale Stellplätze. Eine

Notwendigkeit, „weil wir die Akzeptanz der Bevölkerung brauchen. Das ist das A und O, wenn wir Gastgeber sein wollen“, war Wolfgang Waldmüller überzeugt. Häufig aus dem Blick verloren, benötige das Waldcamping Anpassungen. Die CDU werde dem Antrag zustimmen. Genauso wie dem Punkt zur Nachhaltigkeit im Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Punkt 2, die Streichung der Tiny Houses und Mobilheime, lehne seine Fraktion ab. Darum bat der Abgeordnete um Einzelabstimmung der Ziffern.

Der Campingboom bringe Herausforderungen, „die wir gemeinsam mit den Betreibern der Camping- und Wochenendplätze angehen wollen“, fasste **Thomas Würdich** (SPD) die Position seiner Fraktion zusammen. Er betonte ebenfalls die Wichtigkeit einheitlicher Qualitätsstandards, die vereinfachte Ausweisung von Wohnmobilstellplätzen, und die Modernisierung von Waldcampingplätzen. Gemeinsam mit der Landesregierung wolle man „einen Campingtourismus am Puls der Zeit, der den gewachsenen Ansprüchen an den Umweltschutz ebenso gerecht wird, wie einem sich ändernden Anspruch der Campingtouristen selbst.“ Da gebe es viele Punkte zu berücksichtigen, „damit die Bedürfnisse der Gäste nicht auf der Strecke bleiben“.

Camping liege im Trend und habe eine große Bedeutung für das Tourismusland MV, führte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) aus. Dennoch fehle ihrer Fraktion im Antrag von SPD und DIE LINKE die Berücksichtigung der „Herausforderungen im Umwelt- und Klimaschutz“. Tiny Houses seien grundsätzlich gut, weil sie für flächensparendes Bauen stünden. Aber 50 m² auf dem Campingplatz „konterkariert“ diesen Ansatz. „Mehr, größer und breiter“ sei der Tenor des Koalitionsantrages. Um keine Konkurrenz zu Ferienhäusern zu schaffen, sollten Tiny Houses die Ausnahme bleiben. Die Ambition für Campingtourismus müsse „insgesamt nachhaltiger, umweltgerechter und über kurz oder lang auch klimaneutral“ sein. Daran mangle es im Antrag. Darum könne BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nur bei Berücksichtigung ihres Änderungsantrages zustimmen.

Die Entwicklung im Campingtourismus sei gut, stellte **Sandy van Baal** (FDP) fest, aber man müsse bei diesem Aufwärtstrend „unbedingt aufpassen, dass wir qualitativ auch am Ball bleiben. Die Konkurrenz ist groß, gerade im angrenzenden Bundesland Schleswig-Holstein“. Ihre Fraktion könne dem Antrag gut folgen. Die FDP sei auch dafür, die breite Palette der Angebote zu unterstützen, vorausgesetzt, dass Tiny Houses nicht überhandnehmen. „Also der klassische Campingtourismus darf dabei nicht ins Hintertreffen geraten“, war es Sandy van Baal wichtig zu betonen. Darum könne ihre Fraktion auch mit dem Nachhaltigkeitskonzept in Punkt 1 des Änderungsantrages von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mitgehen. Die Streichung der Mobilheime und Tiny Houses unter Punkt 2 sei nicht im Interesse der FDP.

Der Änderungsantrag fand keine Mehrheit im Parlament. Die Drucksache der Koalition wurde mit den Stimmen von DIE LINKE, SPD, CDU, FDP und Ablehnung durch die AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

*Antrag DIE LINKE und SPD
Drucksache 8/1256
Änderungsantrag
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/1319*

*Beschluss:
Annahme des Antrages
Ablehnung der Ziffern 1 und 2
des Änderungsantrages*



Foto: Jens Büttner

Bis 2030 soll nach dem Willen der EU der Einsatz von gefährlichen Pflanzenschutzmitteln halbiert werden.

Landwirtschaft braucht Pflanzenschutz

Große Herausforderungen durch die Umsetzung einer neuen EU-Richtlinie

■ Die EU-Kommission hat eine Novellierung der Richtlinie zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden erarbeitet. Sie sieht eine Halbierung des Einsatzes gefährlicher Pflanzenschutzmittel bis 2030 vor. Ein Fokus der Regelung ist das Verbot von Pflanzenschutzmitteln in sensiblen Bereichen wie im städtischen Raum und in Schutzgebieten. Damit einher geht ein deutlich erhöhter Aufwand für Dokumentations-, Beratungs- und Kontrollaufgaben.

Ein Antrag der CDU-Fraktion zielte auf die Erhaltung der bestehenden Vorschriften ab, die nach ihrer Auffassung streng genug seien und den fachgerechten und umweltschonenden Einsatz garantierten.

Darüber hinaus sorgte sich die CDU über absehbare Ertragseinbußen und eine verminderte Qualität der Nutzpflanzen als Folge der EU-Anweisung. Sie wollte von der Landesregierung wissen, welche Gebiete im Land betroffen sein würden, wie Ertrags- und Qualitätseinbußen ausgeglichen wer-

den sollten und Kontrollen umgesetzt würden. Sie verwies auch darauf, dass die Saatgutproduktion im Land ein traditioneller, hoch innovativer Wirtschaftszweig sei, dessen Existenz durch die Novellierung bedroht sei.

„Sollte der Vorschlag der Kommission umgesetzt werden, ist nicht nur in Europa, sondern weltweit mit einer Ernährungskrise zu rechnen“, war **Thomas Diener** (CDU) überzeugt und besorgt. Eine Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln in sensiblen und Landschaftsschutzgebieten würde wahrscheinlich 50 Prozent der Ackerfläche in MV betreffen, mit gravierenden Einschnitten für die Landwirtschaft.

„Wenig bis gar nichts“ sei hinsichtlich des Versprechens der EU geschehen, Verluste auszugleichen. Jetzt solle der Landwirt vor der Ausbringung eines Pflanzenschutzmittels 16 Alternativen prüfen und deren Eignung einschätzen. Jährlich müsse er einen unabhängigen Berater konsultieren. Es bringe niemandem was, „wenn bei drei Traktoristen einer im Büro sitzen muss und alles aufschreibt“.

„Wir haben eine ‚One Health‘ Strategie in Europa“, führte Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** (SPD) aus. „Wenn es den Pflanzen, den Tieren gut geht, geht es den Menschen gut.“ Experten bestätigten, dass es „ohne Pflanzenschutzmittel keine hochwertigen Lebensmittel gebe“ und die Hungerkrise nicht bewältigt werde.

Bei einer landesweiten Rohproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Wert von 1,2 bis 1,4 Millionen Euro, würde durch Reduzierung der Pflanzenschutzmittel ein Verlust von 400 Millionen Euro prognostiziert. Darum sei sein Ansatz eine „Minimierungsstrategie“. Bei Einsatz „wirklich wirksamer Mittel“, der gezielten Schaffung pflanzenschutzfreier Flächen, verknüpft mit Extensivierungsmaßnahmen, könne eine Reduzierung von 15 bis 25 Prozent erreicht werden. „Diese Herausforderung, die nehme ich an“, zeigte sich der Landwirtschaftsminister optimistisch.

Jens Schulze-Wiehenbrauk (AfD) freute die Haltung des Ministers, aber wie solle das in Realität aussehen. Tatsächlich bringe die Regelung ernsthafte Probleme für die Landwirte. MV habe eine sehr moderne Landwirtschaft. Es gebe keinen Grund, „immer wieder Misstrauen in die Branche zu tragen“. Die Verordnungflut halte den Landwirt von der eigentlichen Arbeit ab. Der Abgeordnete schlug dem Minister vor: „Ich würde dann einfach der EU auch mal mitteilen, dass so eine Umsetzung unmöglich ist“. Dieses Jahr habe schon die Auswirkungen von Dürre und Düngemittelmangel gezeigt: Die Qualität bei Weizen sank. Auch Reduzierungen sehe er kritisch, da zur Verhinderung von Resistenzen die volle Menge notwendig sei. Er appellierte an den Landwirtschaftsminister, sich für die Abmilderung der Verordnung einzusetzen.

Daniel Seiffert (DIE LINKE) hielt das Papier der CDU für einen „dünnen“ und „inhaltsarmen“ Antrag. Das Anliegen hätte man im Agrarausschuss klären können. Laut CDU solle alles beim Alten bleiben. Das „beharrliche Festhalten am Status quo“ werde den heutigen und zukünftigen Herausforderungen an die Landwirtschaft nicht gerecht. Der Koalition sei an „europaweit konkurrenzfähigen“ Betrieben gelegen, die „beste und gesündeste Lebensmittel zur Ernährung der Bevölkerung produzieren und von ihrer guten Arbeit auch leben können“. DIE LINKE unterstütze das „One Health“ Prinzip, das von einer sektorübergreifenden Zusammenarbeit für bessere Ergebnisse in Bezug auf Mensch, Tier und Umwelt abziele. Voraussetzung für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln

sei die Zulassung in der EU. Der Antrag werde abgelehnt.

Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) mahnte, in der momentanen Situation nicht zu vergessen, dass es weitere, „lange bekannte Bedrohungen für unsere Landwirtschaft und unser Ernährungssystem gibt“. Dazu gehörten „der menschengemachte Klimawandel“ und „die weiter voranschreitende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, insbesondere der Biodiversität“. Es sei dringend nötig, dass die EU-Kommission nun darauf reagiere. Denn die Böden in der EU seien in keiner guten Kondition. Neu sei, dass sechs von 51 Grundwasserkörpern in MV durch die Belastung mit Pflanzenschutzmitteln in einen schlechten chemischen Zustand eingestuft wurden. 2015 habe es noch keinen gegeben. Darum bedürfe es weiterer Schritte der wirksamen Reduktion. Es ginge ja nicht um ein vollständiges Verbot. Der Antrag sei dazu kein positiver Beitrag und werde von seiner Fraktion abgelehnt.

„Schöner Antrag von der CDU“, freute sich **Sandy van Baal** (FDP). Grundsätzlich seien Bemühungen für einen verträglichen Natur- und Umweltschutz begrüßenswert, aber der EU-Vorschlag ginge zu weit. „Dies käme aufgrund des dann rasch folgenden Werteverlusts der landwirtschaftlichen Nutzflächen nahezu einer Enteignung gleich. Das kann so einfach nicht beschlossen werden.“ Auch die zu erwartende Bürokratie sei nicht vertretbar. Die Konsequenz wäre eine Verlagerung der Lebensmittelproduktion ins Ausland. „Das können wir doch nicht ernsthaft wollen“, warnte die Abgeordnete. Allerdings hätte die FDP mehr Details zum zukünftigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln erwartet. Nichts spreche hier für eine Weiterentwicklung der Methoden. Der Antrag sei ein guter Schritt, um die Pläne der EU zu stoppen und darum werde die FDP zustimmen.

Dr. Sylvia Rahm-Präger (SPD) sprach frühere Richtlinien an, die auf den integrierten Pflanzenschutz abzielten. Dieser, kombiniert mit Maßnahmen im konventionellen Landbau, „muss den größten Beitrag leisten, wenn die Reduzierung des Einsatzes von Pestiziden

gelingen soll“, schlussfolgerte die Abgeordnete. Nicht nur, dass der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln kontinuierlich gestiegen sei, Wasserverbände kritisierten die fehlende Transparenz über die angewendeten Mittel. Politik habe dafür zu sorgen, „dass unsere Landwirte auskömmlich wirtschaften können und die Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln ausreichend versorgt wird“. Das werde ohne Pflanzenschutz nicht gehen. Aber im Zusammenspiel mit moderner Technik, neuen Züchtungen, dem integrierenden Ansatz, verbessertem Monitoring, sowie Beratung und Digitalisierung. Den CDU-Antrag lehne die SPD ab.

Thomas Diener (CDU) dankte für die intensive Debatte und die wertvollen Fakten. Eine Minimierungsstrategie sei bedeutend besser als die sofortige Reduzierung auf 50 Prozent. Mit sorgenvollem Blick auf die Preisentwicklung von Nahrungsmitteln im Supermarkt würde das Thema ohnehin aktuell bleiben.

Neben der CDU stimmten die AfD und FDP für den Antrag. SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnten ihn ab.

Antrag CDU Drucksache 8/1265

Beschluss:

Ablehnung des Antrages



Mitarbeitende medizinischer oder Pflege-Einrichtungen müssen seit 15. März 2022 einen Impf-Nachweis vorlegen.

Debatte über das Auslaufen der Impfpflicht

Diskussion über einrichtungsbezogene Impfpflicht

■ Im Kampf gegen die Corona-Pandemie hat die Bundesregierung die allgemeine Corona-Impfpflicht nicht durchsetzen können. Um dennoch Ältere, Kranke sowie Risikogruppen zu schützen, wurde die einrichtungsbezogene Impfpflicht zum 12. Dezember 2021 gesetzlich eingeführt. Das Personal in medizinischen Einrichtungen oder in der Pflege musste bis zum 15. März 2022 den erforderlichen Impf-Nachweis vorlegen. Die Regelung läuft am 31. Dezember 2022 aus.

Während sich das Landesparlament weitgehend einig war, dass die Impfpflicht zum Zeitpunkt der Einführung ihren Zweck erfüllte, sei eine Fortführung zu hinterfragen. Mit ihrem Antrag „Keine Verlängerung für die einrichtungsbezogene Impfpflicht“, wollte die FDP die Landesregierung auffordern, sich auf Bundesebene für das Auslaufen der Impfpflicht einzusetzen. Die Fraktion machte geltend, dass die Impf-Gründe nicht mehr vorlägen. Gegen die weniger bedrohliche Omikron-Variante biete die Impfung nur bedingt Schutz. Angesichts des Fachkräftemangels und der Überlastung der Gesundheitsämter sei das Gesetz „kontraproduktiv“.

Die Einführung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht sei umstritten und unbeliebt gewesen, begann **Barbara Becker-Hornickel** (FDP) ihre Ausführungen. Trotz Rechtfertigung durch die Pandemielage sei sie ein Eingriff in das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit geblieben. Rückblickend sei den Freien Demokraten klar geworden, dass der Impfpflichterlass ein „Fehler“ gewesen sei, absolut „keine Sternstunde der Pandemiepolitik“. Die überbordende Bürokratie führte zu einer weiteren Überlastung der Gesundheitsämter. Der vorliegende Antrag sei ein Signal, ermunterte Barbara Becker-Hornickel den Landtag: „Senden wir dieses Signal an die Pflegekräfte, an die Einrichtungen und Leistungserbringer in unserem Land und nach Berlin, damit dieses Gesetz regulär ausläuft!“

Wissenschaftsministerin **Bettina Martin** (SPD) erinnerte in Vertretung für die Sozialministerin daran, dass die einrichtungsbezogene Impfpflicht „vom Bundestag mit großer Mehrheit und vom Bundesrat einstimmig beschlossen wurde“. Die Absicht dahinter bestünde bis heute: „Die Schwächsten in unserer Gesellschaft [...] vor schweren Krankheitsverläufen“

zu schützen. Diesen Schutzgedanken habe das Bundesverfassungsgericht bestätigt und keine Verletzung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit festgestellt. Es sei nicht zu einer „Massenflucht“ des Personals oder einer Gefährdung der Versorgungslage gekommen. Sie erkenne an, dass der bürokratische Verwaltungsaufwand zur Kontrolle der Impfpflicht hoch war. Hier habe das Land Unterstützung gegeben. Eine Verlängerung der Impfpflicht sei eine Entscheidung auf Bundesebene.

Fraktionsvorsitzender **Nikolaus Kramer** (AfD) dankte der FDP für den Antrag. Die Impfpflicht bleibe „ein Fehler auf allen Ebenen“. Bereits vor einem halben Jahr warnte die AfD mit einem Antrag, dem Bund zu folgen. Damals habe die AfD die Impfpflicht durch Gespräche im Gesundheitsbereich „einem schonungslosen Realitätscheck unterworfen“. Die kritischen, sorgenvollen Stimmen seien ignoriert worden. Schwierigkeiten bereiteten auch die fehlenden klaren Richtlinien zur Umsetzung der Meldungen. Oft registrierten Krankenhäuser ihr ungeimpftes Personal nicht, aus Furcht, sie zu verlieren. „Wie man das Blatt auch dreht und wendet“, fasste Nikolaus Kramer zusammen, „die Corona-Maßnahmen müssen aus unserer Sicht endlich zur Vergangenheit erklärt werden.“ Der AfD sei an der Eigenverantwortung der Bürger gelegen. Darum stimme sie dem Antrag zu.

Die Entscheidung zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht sei damals richtig gewesen, stellte **Harry Glawe** (CDU) fest. Die Umsetzung habe tatsächlich zu einem großen Verwaltungsaufwand geführt. Inzwischen habe sich die pandemische Lage geändert. Es wurden Erfahrungen gesammelt, die „zwangsläufig abgewogen und überdacht werden“ müssten. Denn die Sinnhaftigkeit der Impfung werde „immer häufiger infrage gestellt“.

In MV haben sich 5.700 Pflegekräfte nicht impfen lassen. Die Anhörungsverfahren dazu liefen noch und Ergebnisse werde es kurzfristig nicht geben. Auf den Punkt gebracht sei die Wirkung des Gesetzes „äußerst zweifelhaft“. Zwar müsse der Bundestag eine Entscheidung treffen, aber die Aufforderung der FDP an die Landesregierung sei „auch nicht von der Hand zu weisen“ und daher werde die CDU zustimmen.

Torsten Koplín (DIE LINKE) gab zu bedenken, dass bei der Einführung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht davon ausgegangen wurde, die allgemeine Impfpflicht werde folgen. Der Abgeordnete stimmte den Vorrednern zu, die in der Impfpflicht einen „Eingriff in die Selbstbestimmungsrechte“ sahen, und diese nur bei „schwerwiegenden Gründen“ gerechtfertigt wäre. Er verwies auf die positiven Impfergebnisse, aber auch darauf, dass die Situation immer wieder neu bewertet werden müsse. Mit derzeitigem Stand könne seine Fraktion „ein Weiterbestehen dieser Impfpflicht nicht empfehlen“, so Torsten Koplín.

Dennoch lehne seine Fraktion den Antrag ab. Es sei ratsam, die Entwicklungen zum Herbst hin abzuwarten. Der Sozialausschuss behalte diese Sache weiter „im Blick“ und werde der Landesregierung gegebenenfalls eine Empfehlung geben.

Der Antrag sei „ein Thema, für das der Landtag bekanntermaßen keine gesetzgeberische Zuständigkeit besitzt“, da sie beim Bundestag läge, bekräftigte **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). „Das Ansinnen, die Landesregierung aufzufordern, Einfluss auf die einzelnen Bundesparlamentarier zu nehmen, erscheint demokratietheoretisch, na ja, sagen wir, experimentell“, ergänzte der Abgeordnete.

Die Pandemie habe sich als dynamisch erwiesen. Leider konnte keine Herdenimmunität erreicht werden. Die Datenlage erlaube keine schlüssige Argumentation oder einen Handlungsauftrag an die Landesregierung, erklärte **Hannes Damm**. Die in den Gesundheitsämtern verursachten Probleme bedürften aber auf jeden Fall einer Lösung.

Der Antrag habe ihn persönlich nicht überzeugt. Aber in der Fraktion gebe es unterschiedliche Standpunkte, die in der Abstimmung zu sehen sein werden.

„Es lässt sich aktuell nicht abschließend beurteilen, ob der Bund beziehungsweise der Bundestag die derzeitige Regelung verlängern will oder nicht“, stellte **Christine Klingohr** (SPD) fest. Es mache aber angesichts eines teilweise unvorhersehbaren dynamischen Pandemiegeschehens keinen Sinn, sich lange im Voraus auf eine bestimmte Maßnahme oder Strategie festzulegen oder auszuschließen. „Politik muss auch flexibel auf aktuelle Entwicklungen reagieren können“, schlussfolgerte die Abgeordnete und schlug vor, sich „auf das in unserer Kraft stehende“ zu konzentrieren.

Sie wolle auch das „undifferenzierte Bild“ der einrichtungsbezogenen Impfpflicht zurückweisen. Impfungen hätten geholfen. Gerade in Altersheimen. Momentan erkenne sie keinen Grund, „der Entscheidung der Bundesregierung vorzugreifen.“

Barbara Becker-Hornickel (FDP) wiederholte am Ende der Debatte, dass die Impfpflicht zum Zeitpunkt der Einführung angebracht gewesen war. Es sei nichts dagegen einzuwenden, die Landesregierung zu einer Positionierung aufzufordern. Ein Gesetz, das wenig Ergebnisse gebracht habe, könne ohne Not auslaufen.

In der Abstimmung gaben AfD, FDP und CDU dem Antrag ihre Zustimmung. DIE LINKE, SPD, und ein Teil von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmten dagegen, während sich ein Teil von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthielt.

Antrag FDP Drucksache 8/1268

Beschluss:

Ablehnung des Antrages

Photovoltaik-Potenzial ausschöpfen

Ausbau der Solar-Energiegewinnung braucht Abbau der Bürokratie

■ Zur Bewältigung der Energie- und Klimakrise brauche es einen deutlichen Ausbau der erneuerbaren Energien. MV sei hervorragend für die Installation von Photovoltaik-Freiflächenanlagen geeignet, sogar auf landwirtschaftlichen Nutzflächen, so die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie stellt jedoch eine Diskrepanz zwischen den beiden anzuwendenden Gesetzen fest: dem kontinuierlich aktualisierten EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) und dem Landesraumentwicklungsprogramm (LEP) aus dem Jahr 2016. Eine Anpassung des LEP sei ein langwieriger und komplizierter Prozess mit verpflichtenden Abstimmungen zwischen vielen Akteuren. Um auf die neue Situation dennoch reagieren zu können, hatte der Landtag der 7. Wahlperiode Kriterien und Bedingungen für die Genehmigung von Freiflächenanlagen außerhalb des geltenden LEP definiert. Dieses sogenannte Zielabweichungsverfahren sei seit einem Jahr anwendbar. Bisher sei von den mehr als 60 Anträgen keiner genehmigt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollte diesem „Stillstand“ mit einem Antrag zur Vereinfachung des Zielabweichungsverfahrens begegnen.

Das Zielabweichungsverfahren müsse effizienter und schneller werden, begründete **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) seinen Vorstoß. Denn statt der von Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus versprochenen „Lichtgeschwindigkeit“ sehe er „Stillstand“. Kein Antrag sei abgeschlossen worden. Durch Verwendung veralteter Angaben aus dem LEP würde die nutzbare Fläche als zu klein angesetzt. Das Zielabweichungsverfahren solle eigentlich all das korrigieren. „Das geht nicht auf“, schluss-

folgerte der Abgeordnete. Ferner sei der Umfang von 5.000 Hektar des bestehenden Abrechnungsverfahrens viel zu gering. Besonders die Komplexität der Vorgaben zur Zielabweichung stört ihn: „Wir brauchen ein einfaches und schnelles Genehmigungsverfahren mit Plankriterien ohne Raum für Spekulationen und Schnickschnack, in dem alle Beteiligten wissen, wo die Reise hingeht.“

Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD) gab „ganz offen“ zu, dass es Versäumnisse der Landesregierung gebe. Aber „mal so schnell das LEP ändern“, sei bei dem erforderlichen „Riesenbeteiligungsprozess“ nicht machbar. Deswegen der Zwischenweg über Zielabweichungsverfahren. Auch da müssten sich zahlreiche Ministerien abstimmen. Dafür wurde eine Matrix erarbeitet. Das habe ein Jahr gedauert. Hier wieder zu ändern, würde noch mal Zeit kosten. Zurzeit gebe es 70 Anträge für fast 5.000 Hektar Fläche. Das müsse „angepackt“ werden. Der Minister sei sich bewusst, dass die interne Abstimmung zu lange dauere. Ab 1. September gelte es als Zustimmung, wenn ein Antrag nicht innerhalb von 4 Wochen intern beantwortet werde. Nicht jeder sei damit zufrieden, „aber wir müssen ja irgendwo anfangen“. „Sie werden uns in den nächsten Monaten, Wochen daran messen müssen, wie schnell wir vorankommen“, warb der Minister.

Thore Stein (AfD) verwies auf das eigentliche Problem, das erst nach dem Bau von Solaranlagen und Windrädern komme: das Stromnetz. Dies sei nicht in der Lage, die Größenordnungen von Strom abzuführen. „Das ist ein bekanntes Problem. Das ignorieren Sie gerne“, richtete er an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Weiter kritisiere die AfD den Grenzwert von 35 bis 40 Bodenpunkten. Da werde so getan, als wenn diese Flächen landwirtschaftlich nicht rentabel seien und deswegen für die Energiegewinnung genutzt werden könnten. Er empfehle einen Blick auf die Bodenkarten. „Der allergrößte Teil unserer landwirtschaftlich genutzten Flächen liegt unterhalb der 40 Bodenpunkte.“ Aus Verantwortung für eine solide, stabile und funktionierende Energieerzeugung im Land, werde die AfD diesen Antrag ablehnen.

Thomas Diener (CDU) gab zu bedenken, dass die Installation weiterer PV- oder Windkraftanlagen kaum zur Verbesserung der aktuellen Lage beitrage. Die Lösung liege im synchronen Ausbau der erneuerbaren Energie, der Netze und der Speichertechnologien.

Seine Fraktion sehe einen „Konflikt“ zwischen der Verfügbarkeit landwirtschaftlicher Flächen und „der Notwendigkeit erneuerbare Energieanlagen zu errichten“. Darum bedürfe es dafür klarer Genehmigungskriterien.

Einst sei das Zielabweichungsverfahren als Ausnahme gedacht gewesen. Es sei ein Widerspruch, diese Ausnahme nun mit Regeln erweitern zu wollen. Deswegen unterstütze die CDU den Antrag grundsätzlich. Zur vertiefenden Diskussion der Genehmigungskriterien beantragte der Abgeordnete die Überweisung in den zuständigen Ausschuss.

Auch die Linksfraktion sei nicht mit der schleppenden Bearbeitung der Anträge auf Zielabweichungsverfahren zu Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen zufrieden, erklärte **Daniel Seiffert** (DIE LINKE). Darum wird an einer Beschleunigung und Vereinfachung der Prozesse gearbeitet und eine personelle Stärkung der Ministerien umgesetzt. Zielabweichungsverfahren in der Raumordnung stellten die Ausnahme dar. „Wenn jedoch aus einer Ausnahmeregelung über Nacht ein Regelfall wird“, gab Daniel Seiffert zu bedenken, müssten dafür erst einmal die Strukturen angepasst werden. Gleichzeitig werde an der Fortschreibung des LEP gearbeitet. Dies sei ein langwieriger Prozess mit mehrfachen Beteiligungsverfahren.

Der Landtag könne nicht, wie im Antrag gefordert, per Beschluss einen Absatz streichen. DIE LINKE lehne den Antrag ab.

Der Vorschlag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei eine ernsthafte Diskussion wert, bestätigte **David Wulff** (FDP). Photovoltaik ergänze Windkraft. Darum wäre es angebracht, auch die Eignung von Dächern, selbst von Denkmälern, zu betrachten. Allen sei bewusst, dass in die Landesraumentwicklungsplanung mehr Bewegung kommen müsse. Nicht nur wegen der erneuerbaren Energien,

sondern auch vieler anderer Themen. Für die Bestimmung der Kriterien halte er die Bodenpunktzahl für ausschlaggebend. Er befürworte die Aufhebung der Flächenbegrenzung und eine Herabsetzung der Bodenpunktzahl von 35 auf 30. „Dadurch haben wir sichergestellt, dass der qualitative Boden hier und da einfach besser genutzt werden kann“, überlegte der Abgeordnete. Die FDP könne dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgen und stimme zu.

Dem von SPD und CDU im Sommer 2021 eingebrachten Antrag zum Zielabweichungsverfahren war ein intensiver Diskussionsprozess vorausgegangen, erinnerte sich **Falko Beitz** (SPD). Kontrovers sei gewesen, ob man es sich „leisten“ könne, Ackerfläche einzig zur Solarstromgewinnung zu nutzen. Genauso, warum überhaupt das relativ aufwändige Zielabweichungsverfahren gewählt würde. Das LEP könne „nicht mal eben mit einem Federstrich geändert“ werden. Sonst wäre das neue Abstandskriterium bezüglich Autobahn oder Bahntrasse längst im LEP. Dies sowie die neuen Flächen, Gebietskulissen und Moore, werde bei der Überarbeitung Berücksichtigung finden. Niemandem bringe ein übereiltes Zielabweichungsverfahren etwas, „wenn dann am Ende ein Solarpark wegen Verfahrensfehlern wieder abgebaut werden muss“.

Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) könne mit den Erklärungen von Wirtschaftsminister Meyer mitgehen. Darum beantragte er die punktweise Abstimmung. Fragen habe er noch zu den 23.000 Hektar „Flächenkulisse“ und was passiere, wenn die 5.000 Hektar bewilligt seien. Vielleicht könne man in Krisenzeiten von der Fortschreibung des LEP alle 10 Jahre abweichen. Den Netzausbau habe seine Fraktion bereits in der Haushaltsdebatte angeregt. Die Potenziale auf versiegelten Flächen existierten, aber wenn schon auf der anderen Seite nichts passiere, dann wolle er zunächst das naheliegende angehen.

*Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/1259*

*Beschluss:
Ablehnung der Überweisung
Ablehnung der Ziffern I bis III des Antrages*

Meldungen

2,1 Prozent für Wind-an-Land

MV hat viel Wind und zahlreiche Windräder. Ginge es nach BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gebe es mehr Windparks. Doch die Planungsverbände zur Ausweisung von Windkraftstandorten haben in den vergangenen 10 Jahren nur 0,3 Prozent der Landesfläche genehmigt. Insgesamt stehen derzeit auf 0,8 Prozent des Landes Windanlagen. In einer Aussprache wollte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erörtern, wie das vom Bund vorgegebene Ziel erreicht werden solle. Das Windflächenbedarfsgesetz, auch: Wind-an-Land-Gesetz, fordere 2,1 Prozent der Landesfläche als Windkraftstandort auszuweisen. Würde das Land klare Strukturen und „einheitliche verbindliche Kriterien“ festlegen, könne das Planungstempo steigen, regte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an.

Für Wirtschaftsminister Reinhard Meyer sei das Wind-an-Land-Gesetz eine wichtige „Richtschnur“. Es brauche die Akzeptanz der Bevölkerung, am besten durch Vorteile für die Kommunen. Hauseigentümer sähen in nahegelegenen Windkraftanlagen eine Entwertung ihres Besitzes, bestätigte die CDU. Die AfD bezweifelte die Energiesicherheit durch Windkraft, denn laut Prognose des Deutschen Wetterdienstes werde die mittlere Windkraft abnehmen. Ein Kommunalbeteiligungsgesetz könne die Bürger für die Energiewende motivieren, bekräftigte DIE LINKE. Vielleicht würde es was bringen, den Windkraftausbau nicht nach Fläche, sondern nach Energieleistung zu definieren, fragte die FDP. Wichtig sei, so die SPD, den Ausbau der Windkraft mit den Menschen und nicht gegen sie zu schaffen.

*Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Es fand eine Aussprache statt.*



Matthias Crone (Bürgerbeauftragter des Landes Mecklenburg-Vorpommern) während seines Berichtes im Plenarsaal
Foto: Landtag MV

Jahresbericht des Landesbürgerbeauftragten

In der 29. Sitzung des Landtages fasste der Bürgerbeauftragte Matthias Crone die wichtigsten Ergebnisse seines 27. Jahresberichts für das Parlament zusammen. Im Jahr 2021 gab es 1.985 Eingaben, die zweithöchste Anzahl, die jemals anfiel. Sein Rat an die Abgeordneten war, die „3-V-Regel“ zu beherzigen: Gesetzgebung und Normsetzung müssten „auf Vorausschau, auf Vorlauf, und Verständlichkeit bedacht sein“. Und auch auf Diskurs und Debatte. Durchdachte und verstandene Regelungen werden besser akzeptiert, wisse er aus Erfahrung.

Der Bürgerbeauftragte machte auf Aufholbedarf im digitalen Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen aufmerksam. Viele Einwohner bevorzugten nach wie vor den persönlichen Kontakt und möchten „keine verschlossenen Türen“ vorfinden. Dieses „Behörden-Long-COVID“ hielt er für falsch. „Öffentliche Gebäude gehören der Öffentlichkeit und nicht denen, die darin arbeiten.“ Mit Sorge sehe Matthias Crone, dass im Jahr 2022 die Bedrohungen und Zumutungen für die Bürger größer werden. Zuspruch sei nötig. Jeder Parlamentarier möge „durch eine konsequente und kluge Politik, die auch Antworten auf die Ängste und existenziellen Probleme der Menschen hat“, seinen Beitrag leisten.

„Zusammenarbeit führt zu Lösungen, Zusammenarbeit schafft Gemeinsamkeit und stiftet Vertrauen. Von allem brauchen wir viel. Gerade jetzt. Und Sie wissen, ich stehe dazu auch zur Verfügung“, schloss er seine Ausführungen. Ohne weitere Aussprache wurde die Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Die Sitzungsvorsitzende und 1. Vizepräsidentin des Landtages, Beate Schlupp, dankte Matthias Crone und seinem Team für die geleistete Arbeit und die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Landtag.

*Beschluss:
einstimmige Annahme der Ziffern 1 und 2 der Beschlussempfehlung*

Weiterentwicklung der Palliativ- und Hospizversorgung

Trotz positiver Entwicklung der Palliativ- und Hospizversorgung im Land werde der demografische Wandel eine Herausforderung für diesen Sektor bleiben. Mit Sorge blickte die CDU dabei auf den ländlichen Raum. Darum wollte sie mit ihrem Antrag die Formulierung von Leitlinien der Palliativ- und Hospizversorgung in MV anregen und darauf basierend einen Maßnahmenkatalog entwickeln. Dieser könnte unter ande-

rem Telemedizin, bessere Koordinierung, die Verzahnung von ambulantem und stationärem Service und ehrenamtliche Hospizbegleiter umfassen.

Die Ausschussberatungen, einschließlich einer öffentlichen Anhörung, bestätigten das grundsätzlich gute Niveau der Palliativ- und Hospizversorgung in MV, berichtete die stellvertretende Sozialausschussvorsitzende, Christine Klingohr (SPD). Es gebe allerdings regionale Unterschiede. Genauso benötige der Fachkräftemangel Aufmerksamkeit. Der Ausschuss empfahl dennoch eine Ablehnung.

Sowohl AfD als auch CDU hätten sich mehr Entgegenkommen der Regierungsfaktionen gewünscht, denn das Thema bliebe aktuell. DIE LINKE begründete ihre Ablehnung mit bereits vorhandenen, klaren Handlungsempfehlungen. Dagegen sieht BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einer Leitliniendiskussion eine Gelegenheit zur Vernetzung aller Akteure. Auch die FDP unterstützte den Antrag und plädierte für eine höhere finanzielle Wertschätzung der Arbeit im Hospizsektor. Selbstverständlich werde die Regierungskoalition weiter an Verbesserungen arbeiten, versicherte die SPD. Aber die Vorschläge der CDU entsprächen nicht den aktuellen Dringlichkeiten. In der Abstimmung folgten SPD und DIE LINKE der ablehnenden Ausschussempfehlung. Alle anderen Fraktionen waren für die CDU-Initiative.

Beschluss:

Ablehnung des Antrages entsprechend der Beschlussempfehlung

Kur- und Tourismusaufgaben im Wirtschaftsministerium vereint

Mit Amtsantritt strukturierte die neue Regierung Zuständigkeiten um. Das Kur- und Erholungswesen, zuvor im Wirtschaftsministerium angesiedelt, wurde dem Sozialministerium zugeordnet. Dennoch blieben deutliche Überschneidungen mit dem Tourismussektor bestehen, gerade bei Infrastruktur, Veranstaltungen und Marketing. Auch die Vergabe der neuen Prädikate „Tourismusort“ und „Tourismusregion“ wird,



Foto: Jens Büttner

Für alle Themen und Fragen rund um Kur und Tourismus ist zukünftig das Wirtschaftsministerium zuständig.

wie vom Kurortgesetz vorgesehen, vom Wirtschaftsministerium bearbeitet.

Mit dem vorgeschlagenen Gesetzentwurf von SPD und DIE LINKE sollten die Zuständigkeiten für Tourismus, die Anerkennung als Tourismusort und Tourismusregion und das Kur- und Erholungswesen wieder gebündelt und dauerhaft in einem Ministerium etabliert werden. Somit würde das Kur- und Erholungswesen vom Sozialministerium wieder in das Wirtschaftsministerium wechseln. Vorausschauend wurde im Gesetzestext der Wortlaut „das für Tourismus zuständige Ministerium“ gewählt, um eine eventuell erneute gesetzliche Anpassung im Falle späterer Änderungen von Ressortzuschnitten zu vermeiden. In der 25. Sitzung des Landtages am 28. Juni 2022 überwies das Parlament den Gesetzentwurf in Erster Lesung einstimmig zur Beratung an den Wirtschaftsausschuss. Dieser empfahl, ebenfalls einstimmig, den Entwurf unverändert anzunehmen. Bei der Abstimmung in Zweiter Lesung in der Septembersitzungswoche wurde der Gesetzentwurf ohne weitere Aussprache von allen Fraktionen angenommen.

*Gesetzentwurf SPD und DIE LINKE
Drucksache 8/772, Drucksache 8/1278*

Beschluss:

Unveränderte und einstimmige Annahme des Gesetzentwurfes entsprechend der Beschlussempfehlung

Bessere Finanzhilfen für Berufsschüler

Berufsschulbildung als Mittel gegen den Fachkräftemangel habe nach Ansicht der AfD mehr Förderung verdient. Durch den jahrelangen Rückgang der Berufsschüler schlossen Berufsschulen ihre Türen. Der Weg zur nächsten Ausbildungsstätte wurde länger. Jugendlichen aus dem ländlichen Raum, denen das Azubi-Ticket nicht viel nütze, solle das Pendeln finanziell erleichtert werden. So schlug die AfD eine Überarbeitung der Pauschalen vor. Der Unterkunftszuschuss solle von bisher 350 Euro jährlich auf 500 Euro erhöht werden und die Fahrtkostenpauschale abhängig von der Entfernung auf 200 oder 400 Euro halbjährlich.

Konsens herrschte fraktionsübergreifend darüber, die Attraktivität der beruflichen Ausbildung zu erhöhen, aber nicht über das Wie?

Bildungsministerin Simone Oldenburg (DIE LINKE) argumentierte, der AfD-Antrag berücksichtige nicht die aktuelle Richtlinie vom 22. Juli 2022. Der „Dreh- und Angelpunkt“ sei die auf 750 Euro erhöhte Bemessungsgrenze bei der Ausbildungsvergütung. Die CDU fand diese Erhöhung zu gering. „Ein erster richtiger Schritt“ wäre, sie auf 1.000 Euro festzulegen. Die SPD sei für die Stärkung der Berufsausbildung, missinterpretierte aber die im AfD-Antrag aufgeführten halbjährlichen Fahrtkostenpauschalen

als Jahreszuschüsse. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sah mit baldiger Einführung des Rufbussystems das Problem gelöst. Auch für die Schaffung bezahlbarer Unterkünfte sehe sie das Land in der Pflicht. Die FDP wünschte sich eine „unbürokratische und langfristige Lösung“, wie zum Beispiel ein kostengünstiges Ticket für den gesamten ÖPNV in MV. DIE LINKE kritisierte, dass die AfD „die Verantwortung der Unternehmen vollkommen außen vorlässt“.

Nach intensiver und kontroverser Debatte wollte keine der Landtagsfraktionen dem Antrag der AfD folgen.

Antrag AfD Drucksache 8/1272

Beschluss: Ablehnung des Antrages

Gezielte Entlastung für Endverbraucher

„Keine Denkverbote“ erbat sich die FDP bei der Suche nach wirksamen Instrumenten zur „direkten“, „unbürokratischen“ und „sozialverträglichen“ Bewältigung der gegenwärtigen Krisen. Darum schlug sie in ihrem Antrag zur Evaluierung der europäischen Mehrwertsteuersystemrichtlinie eine Reduzierung oder Aussetzung der Mehrwertsteuer für alle Energiearten vor. Dies setze eine Regulierung auf EU-Ebene voraus, erklärte die FDP. Sie regte an, generell über eine Umsatzsteuer-Befreiung für den Grundbedarf zu reden. Finanzminister Dr. Heiko Geue (SPD) zeigte sich „skeptisch“ bezüglich der resultierenden Steuermindereinnahmen. Fakt sei, dass nur die EU-Kommission das Recht für so eine Initiative habe. Die AfD hielt den Antrag für zu unkonkret. In Realität bräuchte es „richtig große Sprünge bei der Steuerentlastung“. Die CDU sehe Grenzen in der Mehrwertsteuerentlastung und bevorzuge einen Energiepreis-Deckel. Auch DIE LINKE wolle keine Denkverbote. Allerdings habe eine Richtlinien-Änderung im April bereits die Senkung der Mehrwertsteuer bei Energie auf 5 % Prozent ermöglicht. Für bestimmte Nahrungsmittel sowie Pharmazeutika könne sie sogar wegfallen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN favorisierte eine „zielgerichtete Entlastung derjenigen, die sich die gestiegenen En-

ergieekosten nicht leisten können“. Ähnlich wolle die SPD mit den vorhandenen Mitteln agieren.

Nach dieser „Initialzündung“ hätte die FDP den Antrag gern im Ausschuss weiter beraten. Dafür stimmten FDP, CDU und AfD, während sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthielten und DIE LINKE sowie die SPD ablehnten. Der Drucksache stimmte lediglich die FDP zu, die CDU enthielt sich, alle anderen lehnten ab.

Antrag FDP Drucksache 8/1267

Beschluss:

Ablehnung der Überweisung

Ablehnung des Antrages

Rechtssichere und faire Abfallgebühr

Die rechtliche Grundlage der Abfallgebühren der Landkreise und kreisfreien Städte ist das Kommunalabgabengesetz. Diese Gebühren sind im ganzen Land „degressiv“ kalkuliert. Das bedeutet: auf den Liter bezogen, sind große Abfallbehälter günstiger als kleine, also: je mehr Müll, umso günstiger pro Liter Volumen.

Das Oberverwaltungsgericht Greifswald hatte im Oktober 2021 entschieden, dass für degressive Gebühren die Ermächtigung durch das Landesrecht fehle und diese somit unzulässig seien. Um Rechtsstreitigkeiten und Kostensteigerungen abzuwenden, wollte die CDU mit ihrem Antrag zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes die degressive Abfallgebühr legitimieren. Zur zügigen Umsetzung sollte das Kommunalgesetz statt das Abfallwirtschaftsgesetz bemüht werden. Innenminister Christian Pegel (SPD) bestätigte den dringenden Handlungsbedarf. Innen- und Landwirtschaftsministerium wägen noch ab, welches der beiden Gesetze der bessere Weg sei. Obwohl alle Fraktionen die Notwendigkeit einer Änderung sahen, stimmte nur die AfD dem CDU-Antrag im Interesse einer gerichtsfesten Regelung zu. Der Fraktion DIE LINKE sei an Gründlichkeit, statt Schnelligkeit gelegen. Die degressive Regelung sei bei der Abfallvermeidung

nicht hilfreich, war der Standpunkt von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Auch die FDP hielt eine degressive Gebühr für ungerecht. Die SPD unterstütze den Prozess der Lösungsfindung, aber nicht den CDU-Vorschlag. Die CDU erweiterte am Ende der Diskussion den Antrag, um beide Gesetzeslagen zu erfassen, konnte aber außer der AfD keine weitere Fraktion überzeugen.

Antrag CDU Drucksache 8/1262

Beschluss:

Ablehnung des mündlich vorgetragenen

Änderungsantrages

Ablehnung des Antrages

Laufende Gesetzgebung

Stand: 15. September 2022

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/737	LReg.	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes	Innenausschuss	1. Lesung: 29.06.2022 in Beratung
8/756	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Landesverfassungsschutzgesetzes und des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes an verfassungsgerichtliche Vorgaben und weitere bundesrechtliche Anforderungen zur Bestandsdatenauskunft	Innenausschuss	1. Lesung: 29.06.2022 in Beratung
8/757	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 (Glücksspieländerungsstaatsvertragsgesetz 2021 – GlüÄndStVG 2021 M-V)	Innenausschuss	1. Lesung: 28.06.2022 in Beratung
8/1253	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Betreuungsrechtsausführungsgesetzes und weiterer Gesetze zur Anpassung an das Betreuungsrecht des Bundes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 07.09.2022 in Beratung
8/1276 (neu)	AfD	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 07.09.2022 Ablehnung der Überweisung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 7. September 2022 entschieden | Stand: 15.09.2022

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/536	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Ministerinnen und Minister des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landesministergesetz – LMinG)	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	1. Lesung: 18.05.2022 2. Lesung: 07.09.2022	Ablehnung
8/764	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (Naturschutzausführungsgesetz – NatSchAG M-V)	AfD	1. Lesung: 29.06.2022 2. Lesung: 07.09.2022	Ablehnung
8/772	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Anerkennung als Kur- und Erholungsort in Mecklenburg-Vorpommern (Kurortgesetz)	SPD, DIE LINKE	1. Lesung: 28.06.2022 2. Lesung: 07.09.2022	Annahme



Mit der fertiggestellten Decke zwischen dritter und vierter Etage sind die Arbeiten am Rohbau abgeschlossen. Das haben Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Landtagsdirektor Armin Tebben und Mitglieder der Baukommission gemeinsam mit den verschiedenen Gewerken bei einem kleinen Imbiss gefeiert.

Einbau der neuen Deckenkonstruktion abgeschlossen

Bauarbeiten sollen voraussichtlich bis Ende 2023 fertig sein

Die Stahlträger sind drin. Endlich. Nach Kündigung einer Stahlbaufirma stockte der Bau in den oberen Geschossen des Burgseeflügels im Bereich des ehemaligen Plenarsaals. „Es war eine tonnenschwere Herausforderung für alle Beteiligten. Ein Meilenstein, den wir im Team bewältigt haben“, sagt Yvonne Ben Araar, Projektleiterin aus dem Referat Z1 der Landtagsverwaltung.

Materialien am Markt schwer lieferbar

„Aktuell kämpfen wir um Material, das schwer am Markt zu bekommen ist. Aber das wiegt weit weniger schwer als die Verzögerung durch die fehlerhafte Stahlkonstruktion, die nun mangelfrei durch eine andere Firma ersetzt wurde“, berichtet sie. Allen Schwierigkeiten zum Trotz soll die Baumaßnahme Ende 2023 abgeschlossen sein. Eine Büroetage im 6. Obergeschoss und Toiletten in einem kleinen Bereich des 2. Obergeschosses am Café Niklot sind bereits fertiggestellt.

Fraktionsräume, Büros und Toiletten

Die Baustelle im dritten bis siebten Obergeschoss des Burgseeflügels zählt zu den größten bautechnischen Herausforderungen aufgrund der Statik, der Baustellenversorgung, der Nähe zum Plenarsaal und angrenzenden Räumen sowie der ungeplanten Verzögerungen. Anstelle des alten Plenarsaals im 3. Obergeschoss entstehen neue Räume, unter anderem für die Landespressekonferenzen. Um das Dachtragwerk zu entlasten, musste die Decke über dem ehemaligen Plenarsaal ausgetauscht werden. Im 3. Obergeschoss sind neue Fraktionsräume, Büros und WCs geplant. Ein Besprechungsraum im 7. Obergeschoss wird nach Fertigstellung mit einer offenen Stahlkonstruktion beeindruckend. Für den Brandschutz wird die Sprinkleranlage aus der Baumaßnahme „Plenarsaal“ bis dahin erweitert. Zwischen Plenar- und Konferenzbereich und im 3. Obergeschoss entstehen zusätzliche Sanitärbereiche für Besucher, Abgeordnete und Landtagsmitarbeiter.

Material nach oben, Bauschutt nach unten

Material und besonders die schweren Stahlkonstruktionen gelangen von außen über eine Einrichtungsfläche auf



(v.l.n.r.) Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Landtagsdirektor Armin Tebben und Matthias Radtke (CR Schwabe)

die Baustelle. Ein Lastenaufzug vor dem Mittelrisalit – einem symmetrisch hervorspringenden Gebäudeteil, das sich über die gesamte Außenfassade in die Höhe zieht – transportiert alles Notwendige nach oben und alles Überschüssige wie den Bauschutt nach unten. Ein Treppenturm sorgt im Ernstfall für einen Fluchtweg.

Eine weitere Herausforderung: lärmintensive Arbeiten müssen Architektenbüro CR Schwabe und Landtag MV mit dem laufenden Betrieb im neuen Plenarsaal in Einklang bringen.

Um Debatten nicht zu unterbrechen, wurden besonders laute Bauarbeiten in der Nacht durchgeführt. Die Steine wurden segmentweise zwischen den Stahlträgern abgetragen und die Träger feldweise entnommen und neu eingesetzt. Die neuen Mauerpfeiler orientieren sich an ihrem historischen Original aus dem Jahr 1857, haben allerdings aus statischen Gründen einen neuen Stahlbetonkern erhalten.

Ergebnisse für alle sichtbar

Mittlerweile ist die Stahlkonstruktion komplett ausgetauscht. Holzwerkstoffplatten auf dem Fußboden stabilisieren zusätzlich. Yvonne Ben Araar ist zuversichtlich: „Es bleibt eine Herausforderung bei laufendem Betrieb zu bauen, alle Gewerke aufeinander abzustimmen und die historischen Gegebenheiten des Gemäuers zu berücksichtigen. Umso dankbarer bin ich für das tolle Planungsteam und die großartigen Handwerker, die sich täglich engagieren und für ein angenehmes Miteinander sorgen. Die Ergebnisse können bald alle sehen. In den nächsten Wochen soll der Innenausbau beginnen.“

Dank an die Bundeswehr

Veranstaltung zur Würdigung der Bundeswehr in Mecklenburg-Vorpommern

■ Im Plenarsaal des Schweriner Schlosses würdigten am 29. August der Landtag und die Landesregierung die Verdienste der Bundeswehr in und für Mecklenburg-Vorpommern. In ihrer Rede zu Beginn der Veranstaltung betonte Landtagspräsidentin Birgit Hesse die Verbundenheit des Parlaments wie auch die der Bevölkerung mit den Kameradinnen und Kameraden, für die auch der Kommandeur des Landeskommandos Mecklenburg-Vorpommern, Markus Kurczyk, einschlägige Worte fand.

„Schweiß und Uniform verbinden. Blut und Tränen noch mehr.“, so Kommandeur Markus Kurczyk. Ebenfalls bewegende Worte fand die Schlussrednerin, Hauptfeldwebel Steffi Schenke. Sie thematisierte die psychischen Folgen ihrer Einsätze in Afghanistan und den immer noch gehemmten Umgang unserer Gesellschaft mit ihren Veteraninnen und Veteranen: „Die Wertschätzung die Sie uns Soldaten und Soldatinnen heute hier im Landtag entgegenbringen, ist ein guter Anfang, um der Bevölkerung hier in Mecklenburg -Vorpommern zu zeigen ‚Wir stehen hinter unseren Soldaten und Soldatinnen‘, aber es ist auch nur ein Anfang. Sie, werte Politiker haben es in der Hand etwas zu ändern und dürfen nicht müde werden sich für Ihre Veteranen einzusetzen.“

Landtagspräsidentin Birgit Hesse wandte sich an die Kameradinnen und Kameraden und betonte die Verbundenheit des Parlaments wie auch die der Bevölkerung mit der Bundeswehr: „Die Bundeswehr ist ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Auch deshalb eint die Bundeswehr und das Landesparlament eine seit vielen Jahren erfolgreiche Partnerschaft auf politischer und persönlicher Ebene.“



Foto: Landtag MV

v.l.n.r.: Flottillenadmiral Ulrich Reineke, Kommandeur des Landeskommandos MV Markus Kurczyk, Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Hauptfeldwebel Steffi Schenke, Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

Ministerpräsidentin Schwesig sagte an die Soldatinnen und Soldaten gewandt: „Sicherheit, Frieden und Freiheit – drei Worte, die aktueller und wichtiger sind denn je. Unsere Streitkräfte schützen uns und unser Land. Sie verteidigen unsere demokratischen Werte. Das ist eine berufliche und eine persönliche Entscheidung, die höchsten Respekt und Wertschätzung verdient. Ein Dienst, der für uns alle sehr wichtig ist.“

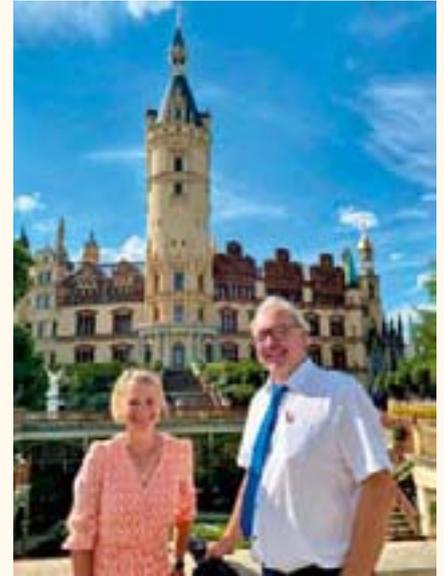
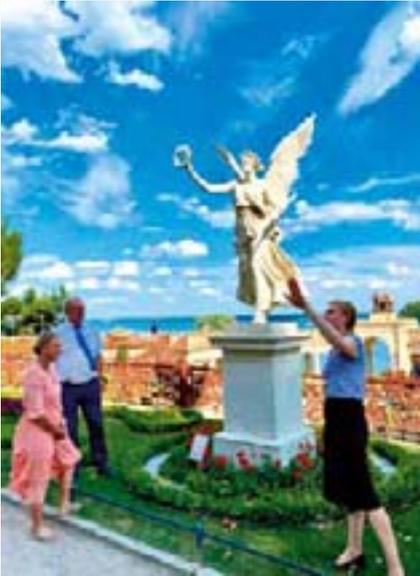
Militärische Einsätze der Bundeswehr im Rahmen internationaler Verpflichtungen stünden unter Parlamentsvorbehalt und seien das letzte Mittel, wenn Verhandlungen allein nicht zum Ziel führten, betonte die Regierungschefin. In diesem Jahr waren und sind rund 1.000 Soldatinnen und Soldaten aus Mecklenburg-Vorpommern im Ausland stationiert, z.B. in Litauen oder der Slowakei. Erst vor einem Jahr sind die letzten Truppen aus Afghanistan zurückgekehrt.

„Dieser Empfang heute ist auch ein Dank an die Familien der Bundeswehrangehörigen. Sie müssen vieles allein schultern im Alltag: Schule und Kindergarten. Arbeit und Haushalt. Geburtstage und Feiertage ohne Ehemann oder Ehefrau, Freundin oder Freund, Mutter oder Vater. Ganz herzlichen Dank allen Familien und Freunden.“, so die Ministerpräsidentin.

Abschließend richtete Landtagspräsidentin Birgit Hesse ihren Dank an die Soldatinnen und Soldaten: „Als Präsidentin unseres Landtages möchte ich ausdrücklich die Gemeinsamkeit von Parlament und Bundeswehr betonen, nämlich die bedingungslose Überzeugung, gemeinsam wehrhaft für Frieden, Freiheit und Demokratie einzutreten. Wir haben hier in Deutschland das große Glück, schon seit Jahrzehnten in Frieden und Freiheit leben zu dürfen.“

Einige von Ihnen haben in ihren Einsätzen bereits erlebt, was es heißt, in Staaten zu leben, in denen unsere Verfassungswerte nicht gelten. Das hohe Gut des friedvollen Zusammenlebens müssen wir daher stets wertschätzen und es schützen.

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, unsere Verfassungswerte gegen Feinde der Demokratie zu verteidigen. Im Namen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern danke ich Ihnen von ganzem Herzen, dass Sie und Ihre Kameradinnen und Kameraden genau dafür stehen und einstehen!“



Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Landtagsdirektor Armin Tebben nahmen als erste Gäste an einer Burggartenführung des Landtages teil.

Burggartenführung

Deutschlands einzige Orangerie mit direkter Verbindung zum Schloss erleben

Der Burggarten umgibt unmittelbar das Schweriner Schloss und ist ein herausragendes Beispiel der klassischen deutschen Gartenkunst nach dem Gartendirektor von Potsdam-Sanssouci Peter Joseph Lenné und dem Hofgärtner Theodor Klett. In einem beschaulichen Rundgang erleben Gäste die harmonische Anordnung des Burggartens mit seinen Terrassen, Wasserspielen, Skulpturen, Sträuchern, Blumen und Tieren. Ein Höhepunkt ist die Orangerie mit wunderbarem Blick auf den Schweriner See.

Auf einer kleinen Schweriner Insel mit nur 150 Meter Durchmesser befand sich um 942 eine slawische Burg. Heute thront dort das Schweriner Schloss. Seine ursprüngliche Bedeutung als Festung hat bis heute Auswirkungen auf die Gestaltung des Burggartens, welcher das Schloss zu dreiviertel der Inselfläche umgibt. Seine bepflanzten Bastionen, die früher der Verteidigung dienten, erinnern an die einstige Festungsanlage.

Die sich im Burggarten befindende Orangerie ist deutschlandweit herausragend, da sie als einzige direkt an ein

Schloss angrenzend erbaut wurde. Der Dachgarten über der Orangerie und die Bastionsgärten gehören mit ihren insgesamt 5.000 m² zu den größten Dachbegrünungsflächen Deutschlands.

Der Burggarten ist ein herausragendes Beispiel der klassischen deutschen Gartenkunst. Trotz der nur etwa 1,8 ha Gartenfläche weist der Burggarten sowohl eine hohe Pflanzenvielfalt als auch gestalterische Vielfalt verschiedener Anla-

Der Burggarten

Das Meisterwerk der Gartenkunst ist zu jeder Jahreszeit einen Besuch wert. Burggartenführungen und Schlossführungen können Sie unter 0385 525 2163 buchen. Nähere Informationen erhalten Sie unter: <https://www.landtag-mv.de/mitmachen>.

Die kostenpflichtige Führung dauert ca. 60 Minuten.

Burggartenführungen sind witterungsbedingt täglich nach Absprache von 9 Uhr bis 19 Uhr buchbar.

Folgende Kosten entstehen:

bis 10 Personen - insgesamt 80 Euro
bis 20 Personen - insgesamt 110 Euro

geformten wie Plastiken, Brunnen, Beete und Rabatte auf, sodass See und Schloss zu einer künstlerischen Einheit verschmelzen. In der gesamten Blütezeit können Sie im Wechsel blühende Pflanzen bewundern, sodass Sie ganzjährig Gefallen am Burggarten finden können.

Großherzog Friedrich Franz der II. ließ Mitte des 19. Jahrhunderts mit dem umfangreichen Schlossumbau den Burggarten anlegen. Die Planung wurde im Wesentlichen vom Gartendirektor von Potsdam-Sanssouci, Peter Joseph Lenné vorgenommen. Die Ausführung sowie die damit verbundenen gestalterischen Veränderungen übernahm der Schweriner Hofgärtner und spätere Großherzogliche Gartendirektor Theodor Klett.

Mit dem Einzug des Landtags in das Schloss erfolgte 1995 die umfangreiche Sanierung des Burggartens. Über 15 Millionen Euro hat das Land Mecklenburg-Vorpommern für die Rekonstruktion des Burggartens und die Sanierung seiner angrenzenden Schlossteile investiert. Bis auf wenige Details gleicht der Burggarten als besterhaltener Teil der Schweriner Parklandschaft seinem Originalzustand aus dem 19. Jahrhundert.

Fotos: Landtag MV



Angelo Kelly & family



Bosse



Buchautor Wladimir Kaminer

Sommerbühne im Innenhof des Schlosses

Landtag aufgeSCHLOSSen für Kultur

■ Unter der Überschrift „AufgeSCHLOSSen – Eine Bühne in MV“ erlebten Besucherinnen und Besucher im Zeitraum vom 29. Juli bis Anfang September 2022 wieder unvergessliche Momente vor atemberaubender Kulisse im Schlossinnenhof. Die Veranstalter, kulturbotschafter EVENTS und die Hanseatische Eventagentur, konnten auch in diesem Jahr wieder namenhafte Künstlerinnen und Künstler für das Publikum gewinnen. Neben Konzerten unterschiedlicher Musikrichtungen gab es auch Filme, eine Lesung, Vorträge und Gesprächsrunden. Die Schirmherrschaft der Veranstaltungsreihe hat auch in diesem Jahr die Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Birgit Hesse, übernommen.



Mutabor

Foto: Thomas Müller



Fotos: Landtag MV



◀ Der Tag der Deutschen Einheit wurde am 3. Oktober gefeiert unter dem Motto „zusammen wachsen“. Dies beschreibt die Herausforderungen und Chancen gleichermaßen. Von beidem steckt noch viel in unserem geeinten Land – auch mehr als drei Jahrzehnte ohne Mauer. „In Erfurt war der Wille, zu gestalten, spürbar und auch die Dankbarkeit für unser Leben in Frieden und Freiheit – das tut in schwieriger Zeit besonders gut.“, so Landtagspräsidentin Birgit Hesse (rechts im Bild).

◀ 70 Jahre Schweriner Volkszeitung (SVZ) - die Landeshauptstadt ist ohne „ihre“ Tageszeitung fast nicht denkbar, genauso wenig wie die Medienlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Am 31. August gratulierte Landtagspräsidentin Birgit Hesse der Tageszeitung sowie (v.l.n.r) Andreas Gruzcek (Geschäftsführer), und Max-Stefan Koslik (stellvertr. Redaktionsleiter) und Jens Wegmann (Geschäftsführer NOZ Medien) zu ihrem Jubiläum.

◀ Nicht nur das Kino, sondern auch unsere Gesellschaft gewinnt durch Vielfalt. Deshalb passte der Preis der Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ so gut zur Eröffnungsfeier des Filmkunstfestes MV am 30. August. Übergeben durfte Landtagspräsidentin Birgit Hesse (re.) ihn an den Regisseur Mark Sternkiker (2. v.l.) für seinen Kurzfilm „Schnittstelle“, der das Leben und die Träume in einer Plattenbau-Siedlung thematisiert.

◀ Am Ende der Sitzung am 8. September informierte Landtagspräsidentin Birgit Hesse die Abgeordneten darüber, dass die britische Königin Elizabeth II. im Alter von 96 Jahren in Schottland verstorben ist. Elizabeth II. war 70 Jahre lang Königin – länger als jeder andere britische Monarch zuvor. Sie war weltweit geachtetes Staatsoberhaupt von Großbritannien und Nordirland und mehr als einem Dutzend weiterer Staaten – darunter Kanada, Neuseeland und Australien. „Mit dem Tod der Queen geht eine Ära zu Ende. Viel liebe sich zu dieser so besonderen Persönlichkeit sagen. Herausgreifen möchte ich, wie sehr sie sich für die Versöhnung zwischen den Völkern Europas eingesetzt hat. Das gilt insbesondere für das Verhältnis der Briten zu uns Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg und das gilt für das Verhältnis zwischen Großbritannien und Irland.“, so die Landtagspräsidentin.



Die gesamten Landtags-Sitzungen im September 2022 können sie jederzeit online nachverfolgen.